



Evangelische Verantwortung



Freiheit braucht Mut zur Verantwortung

Fraktionsvorsitzender
der CDU Thüringens
Mike Mohring MdL *Seite 3*

Darf die CDU sich
„christlich“ nennen?

PD Dr. phil. habil. Jürgen Plöhn *Seite 6*

Zum 500. Geburtstag
Johannes Calvins

Christian Meißner *Seite 8*

- 12** *Der EAK auf dem Bremer Kirchentag*
- 20** *Der Demographische Wandel als Chance*
- 22** *20 Jahre Fall der Berliner Mauer*

Liebe Leserin, lieber Leser,



Die LINKE sollte endlich konsequent und in selbstkritischem Geiste ihre eigene mehr als problematische Vergangenheit aufarbeiten.

und Beiträge werden in Kürze im Internet (www.eak-cducsu.de) abrufbar bzw. auch in einer der kommenden Ausgaben der „Evangelischen Verantwortung“ nachzulesen sein. Auf eine besondere Neuerung unserer Internetpräsenz möchte ich Sie in diesem Zusammenhang zusätzlich hinweisen. Im Bestreben, Ihnen als unseren Leserinnen und Lesern sowie allen Interessenten der Arbeit des EAK gerade auch im **Superwahljahr 2009** noch besser und schneller die wichtigsten Informationen zukommen zu lassen, werden wir demnächst eine **multimediale Erweiterung unseres Internetangebotes** vornehmen: Schon sehr bald werden Sie auch Audio- und Videoformate mit Berichten, Redeausschnitten und Interviews auf unserer EAK-Internetseite abrufen können. Wir hoffen, dass dies für Sie eine interessante und attraktive Ergänzung des bisherigen Angebotes darstellen wird.

Ganz persönlich möchte ich mich noch einmal für die wieder sehr breite und äußerst vertrauensvolle Bestätigung in meinem Amte als Bundesvorsitzender bedanken. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU wird auch in Zukunft mit dem neugewählten Bundesvorstand mit gewohntem Engagement und bewährter Tatkraft

unsere **46. Bundestagung** zum Thema „Zukunft braucht Erfahrung – Chancen der demographischen Entwicklung“ in Erfurt war wieder einmal voll von neuen thematischen Einsichten und inspirierenden Gesprächen und Begegnungen. Herausragende Höhepunkte waren unter anderem die Rede unserer **Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel MdB**, das Theologische Abendgespräch sowie der brillante Abschlussvortrag von **Prof. Dr. Andreas Kruse** (Heidelberg). Einen ausführlichen Bericht von der Tagung finden Sie bereits in diesem Heft auf den Seiten 14 bis 19. Die wichtigsten Reden

seine Verantwortung für unser deutsches Vaterland, für Politik und Gesellschaft wahrnehmen.

Gerade auf unserer zurückliegenden Tagung im Herzen Thüringens konnten wir wieder spüren, welch ein Wunder Deutschland doch vor 20 Jahren zuteil wurde. Darum ist es wichtig, dass der Bundesvorstand in seiner entsprechenden Resolution (s. S. 22 f.) die Erinnerung an die Ereignisse des Jahres 1989 wachhält: Es ist 20 Jahre nach dem **Mauerfall** daran zu erinnern, dass das DDR-Regime 1989 am Ende war, und dass es – moralisch wie politisch und wirtschaftlich – völlig abgewirtschaftet hatte. Es ist daran zu erinnern, dass damals niemand auch nur einen Pfifferling mehr auf die SED und ihre menschenverachtende Herrschaft gegeben hätte. Und es ist daran zu erinnern, dass der Sozialismus niemals eine Segnung, sondern eine Geißel der Menschheit war und auch immer sein wird! Und darum ist es auch notwendig, dass wir es als wichtige politische Aufgabe erkennen, diese Erinnerung an den Unrechtsstaat DDR nicht durch die ehemaligen Machthaber von einst und ihre heutigen politischen Erben prägen und verfälschen zu lassen!

Es wäre höchste Zeit, dass sich die SED-Nachfolgepartei, die heutige **LINKE**, ihrer verdrängten und verschwiegenen Vergangenheit endlich stellen würde. Die LINKE sollte endlich konsequent und in selbstkritischem Geiste ihre eigene mehr als problematische Vergangenheit aufarbeiten. Es gab bei den Menschen in der DDR trotz widriger Umstände auch gelingendes Leben. Ein Staat aber, dessen Führungspersonal nicht durch freie, geheime Wahlen legitimiert war und der Menschen wegen einer eigenen Meinung einspernte bzw. beim Verlassen des Landes erschoss, bleibt ein Unrechtsstaat.

Nur wer sich der Vergangenheit mit wachem Auge bewusst ist, kann die Zukunft im Sinne von Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie erfolgreich bewältigen.

Gottes Segen!

Ihr

Thomas Rachel MdB

Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU

Inhaltsübersicht

- | | | | |
|---|--|----|--|
| 2 | Editorial | 10 | Evangelisches Leserforum |
| 3 | Freiheit braucht Mut zur Verantwortung | 12 | Aus unserer Arbeit |
| 6 | Darf die CDU sich „christlich“ nennen? | 20 | „Der demographische Wandel als Herausforderung und Chance“ |
| 8 | Zum 500. Geburtstag Johannes Calvins | 22 | „20 Jahre Fall der Berliner Mauer – Erinnerung und Ausblick“ |



Mike Mohring MdL bei seinem Grußwort auf der 46. Bundestagung neben dem EAK-Bundesvorsitzenden, Thomas Rachel MdB.

Freiheit braucht Mut zur Verantwortung

| Mike Mohring MdL, Fraktionsvorsitzender der CDU im Thüringer Landtag

„Und wenn ich wüsste, dass morgen die Welt unterginge, würde ich heute ein Apfelbäumchen pflanzen.“ Dieser Satz, den man Martin Luther in den Mund gelegt hat, kennzeichnet die Hoffnung und Zuversicht, mit der wir als Christen der Welt begegnen können. Ich will ihn an den Anfang setzen, weil er bildhaft zum Ausdruck bringt, weshalb das christliche Menschenbild nicht nur Kompass unserer Politik sondern zugleich Motivation dafür ist, sich politisch zu engagieren. Er kennzeichnet in einfachen Worten, was es heißt, Freiheit in Verantwortung wahrzunehmen. Eine Politik im luftleeren Raum, ohne

Fundament führt in die Beliebigkeit. Es braucht einen Orientierungspunkt, wenn man ein Ziel erreichen will. Wir brauchen einen Kompass, nicht nur um Kurs zu halten, sondern um überhaupt erst den Kurs zu bestimmen. Das „C“ ist die Begründung dafür, warum wir Dinge tun, wie wir sie tun. Das christliche Menschenbild, auf das wir uns im Parteienamen verpflichten, ist das Fundament, das unser Handeln trägt. Es prägt uns in den einzelnen Politikfeldern, in der ganzen Bandbreite, in der wir als Volkspartei Verantwortung tragen. Die Frage des christlichen Menschenbildes ist die Ausgangsbasis, für alles das, was wir an Politikfeldern bestreiten.

Martin Luther beschreibt den Menschen in seiner Rechtfertigungslehre als „simul iustus et peccator“, als zugleich Gerechtfertigten und Sünder. Er rückt damit zunächst die Unvollkommenheit des Menschen und seine Fehlbarkeit in den Fokus. Auf den ersten Blick wirkt das demotivierend für das eigene Handeln. Das Bewusstsein um die eigene Fehlbarkeit eröffnet uns die nötige Distanz zu uns selbst, um unser Handeln und Tun – mit Blick auf alle möglichen Konsequenzen – in den Blick nehmen zu können. Und das Vertrauen auf Gottes Gnade schenkt uns die notwendige Gelassenheit und den Mut, uns eben nicht aus Angst vor

dem eigenen Scheitern tatenlos zu ver-
kriechen sondern Verantwortung für
unser Handeln zu tragen. Vor allem aber
ebnet sie uns den Weg zur Demut, für
politisch tätige Menschen eine tief-
gehend wichtige Erkenntnis. Die mit
der Fehlbarkeit fest verknüpfte Recht-
fertigung befreit uns von den Zwängen
zum Handeln. Das ist es, was Luther im
scheinbaren Wider-
spruch zum Ausdruck
bringt, den er an den
Anfang seiner Schrift
„Von der Freiheit eines
Christenmenschen“

stellt: „Ein Christenmensch ist ein freier
Herr über alle Dinge und niemand un-
tertan. Ein Christenmensch ist ein dienst-
barer Knecht aller Dinge und jeder-
mann untertan.“ Freiheit und Verantwor-
tung gehören untrennbar zusammen.
Die Freiheit eröffnet uns den Raum
zum Handeln. Sie fordert zugleich da-
zu auf, Verantwortung für sich und an-
dere zu tragen.

*Die „blühenden Landschaften“, von
denen einst Helmut Kohl auf den
Erfurter Domstufen gesprochen hat,
haben Gestalt angenommen.*

Das führt zurück auf den Spruch vom
Apfelbäumchen. Er legt Zeugnis ab von
den Möglichkeiten und Chancen, die uns
Menschen im Glauben und Vertrauen
auf Gottes Wirken offen stehen. Er ruft
dazu auf, diese Chancen zu nutzen. Er ist
Aufforderung zum Handeln: Egal wie
düster die Zukunft auch aussehen mag,
es bleibt noch immer Zeit einen Keim der

Hoffnung zu pflanzen.
Die Möglichkeit des
Handelns bleibt uns
Menschen nicht ver-
wehrt. In der Perspek-
tive des Glaubens sind

wir frei zu neuem Handeln. Wir können
die Welt verändern, wenn wir darauf ver-
trauen, dass aus den Apfelbäumchen
auch Apfelbäume werden.

Im vergangenen Jahr ist dieses Zu-
trauen in die menschlichen Möglich-
keiten in der simplen Formel „Yes we
can“ in den Fokus der Öffentlichkeit
gerückt. Wir müssen aber nicht bis nach

Amerika blicken, um zu sehen, dass dieses
Zutrauen in die eigenen Möglichkeiten
zum Erfolg führt. Wir haben es selbst
erlebt, welche Kraft diese Botschaft ent-
wickeln kann.

Der Mut der Menschen in der DDR in
den Jahren 1989/90 war getragen von die-
ser Zuversicht. Sie haben die in ihnen lie-
genden Möglichkeiten genutzt und das
Gesicht der Welt verändert. Die Evange-
lische Kirche in Mitteldeutschland erin-
nert in diesem Jahr unter dem Stichwort
„Gesegnete Unruhe“ an die friedliche
Revolution vor nunmehr 20 Jahren. Es
waren die Kirchen, die einen entschei-
denden Anteil daran hatten, dass sich
diese „gesegnete Unruhe“ Bahn brechen
konnte. Sie haben ihre Türen in zwei-
facher Hinsicht geöffnet: Sie haben die
Menschen in der DDR hineingelassen und
einen Schutzraum geboten, in dem dieses
Zutrauen in die eigenen Möglichkeiten zu
keimen beginnen konnten. Und sie haben
ihre Türen nach außen geöffnet, so dass
die Menschen mutig den Protest auf die
Straße trugen. Der Keim der Hoffnung,
der von der Bürgerbewegung im Schutz-
raum der Kirchen gelegt wurde, begann
zu wachsen: Am 9. Oktober 1989 öff-
neten sich nach einem Friedensgebet in
der Leipziger Nikolaikirche die Türen, und
die Menge der Mutigen wuchs auf 70.000
Menschen an. Dieser Mut, getragen vom
Zutrauen in die eigenen Möglichkeiten,
war ansteckend. Ich erinnere mich noch
gut an die Wochen und Monate, in denen
wir überall im friedlichen Herbst 1989 mit
den Kerzen in der Hand immer wieder
auf die Straße gingen, getragen von der
Hoffnung und der Sehnsucht auf Freiheit.
Wenn wir uns heute in Thüringen, in Sach-
sen oder in den anderen neuen Ländern
umsehen, dann können wir sehen, was aus
diesem Mut der Menschen, ihrem Engage-
ment und der großen bundesdeutschen
solidarischen Unterstützung gewachsen
ist. Die „blühenden Landschaften“, von
denen einst Helmut Kohl auf den Erfurter
Domstufen gesprochen hat, haben
Gestalt angenommen. Viele haben damals
diesen Satz als „übermütig“ gebrand-
markt. Auf jeden Fall war es mutig, ange-
sichts der dramatischen wirtschaftlichen
Situation der DDR von blühenden Land-
schaften zu sprechen. Vor allem aber war
Kohls Satz geprägt von kraftvoller poli-
tischer Zuversicht. Seinem zeitgeschicht-
lichen Gespür und seiner Kraft zur Ver-
antwortung verdanken wir die Einheit
unserer Nation. Aus einer Möglichkeit ist
Wirklichkeit geworden.

Es war Hannah Arendt, die in ihrer
Schrift „vita activa“ daran erinnerte, dass
noch in der antiken Polis der Mut zu den
„Kardinaltugenden des Politischen“ zählte.

Pressemitteilung vom 29.05.2009

Barmen ist Leitbild für evangelische Verantwortung

*Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK)
und Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und
Forschung, Thomas Rachel MdB, äußert sich zum 75. Jubiläum der Barmer Theo-
logischen Erklärung:*

„Die Barmer Theologische Erklärung ist ein herausragendes und wegweisendes
Dokument des politischen Protestantismus in Deutschland. Gegenüber dem Terror
und Totalitarismus der Nationalsozialisten fanden sich – zum ersten Mal seit der
Reformation – Christinnen und Christen aus lutherischen, reformierten und unier-
ten Kirchen zum gemeinsamen, öffentlichen Bekenntnis. Dies war die Geburts-
stunde der Bekennenden Kirche.

In der dunkelsten Stunde der deutschen Geschichte wurde im Namen Jesu
Christi der politische Allmachtsanspruch eines verbrecherischen Regimes zurück-
gewiesen und gleichzeitig der Zuspruch und Anspruch Gottes auf das ganze
menschliche Leben in Erinnerung gerufen. Ebenso entschieden wurde einer häre-
tisch gewordenen, ideologisierten und zeitgeistkonformen Kirche eine klare
Absage erteilt.

In dem dreiviertel Jahrhundert, das uns heute von der Zeit der Barmer
Bekenntnissynode trennt, hat es nicht an Versuchen gefehlt, die großen Bekennt-
nissätze der Barmer Theologischen Erklärung in der einen oder anderen Weise für
bestimmte kirchliche oder politische Vorstellungen zu instrumentalisieren. Doch
gerade der Geist von Barmen selbst ist es, der solchem entgegensteht. Barmen
verwirft die falsche Lehre, ‚als solle und könne der Staat über seinen besonderen
Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden‘ und
als ‚solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche
Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen‘.

Damit steht Barmen auch heute noch leitbildhaft für die rechte Wahrnehmung
unserer evangelischen Verantwortung in Kirche und Politik.“

Diese Tugend zeichnete nicht zuletzt die Bürgerbewegung in der ehemaligen DDR aus, und mit ihr die vielen Menschen, die für die Freiheit 1989 auf die Straße gingen. Gerade in Zeiten einer Diktatur zeigt sich die ungebrochen große Bedeutung dieser Kategorie. Der Mut, sich angesichts von Repressionen, Bespitzelung und Verfolgung aus der Nische des Privaten zu bewegen, für seine Überzeugungen einzustehen und die Freiheit einer ganzen Gesellschaft offensiv einzufordern, ist heute kaum noch zu erfassen. Das musste man sich erst „trauen“, dieses Wagnis mit all seinen Konsequenzen einzugehen. Vertrauen ist die wesentliche Voraussetzung, Mut zu fassen. Gerade die Rolle der Kirchen in Zeiten der „gesegneten Unruhe“ zeigt, dass es die sprichwörtliche „Portion Gottvertrauen“ war und ist, die das Fundament dafür legt, seinen Mut unter Beweis zu stellen.

Wer seinen Mut unter Beweis stellt, bringt damit seine Bereitschaft zum Ausdruck, Verantwortung zu übernehmen: Verantwortung für die Konsequenzen, die aus dem eigenen Handeln erwachsen, Verantwortung für das eigene Leben, aber im Politischen sogar die Verantwortung für ein ganzes Land. Auch hier greift wieder der Spruch vom Apfelbäumchen. Es reicht nicht aus, nur den Samen in die Erde zu pflanzen. Wenn man will, dass dieser Apfelbaum blüht und gedeiht, so ist man verantwortlich dafür, ihn zu hegen und zu pflegen. Das „C“ in unserem Parteinamen verpflichtet uns darauf, dieser Verantwortung nachzukommen. Im Grundsatzprogramm der Thüringer CDU ist diese Verpflichtung treffend zusammengefasst: „Individualität und die Bezogenheit aufeinander gehören [...] untrennbar zum Menschen und seiner Persönlichkeit. Darin liegen die Wurzeln einer solidarischen Gesellschaft, in der Freiheit und Verantwortung für den Nächsten zusammengehören. [...] Freiheit eröffnet den Raum zum Handeln und Gestalten. Sie fordert zur Verantwortung und zur Entscheidung über den eigenen Lebensweg und zur Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse heraus.“ Genau diese Freiheit zur Verantwortung ist es, für die Menschen vor 20 Jahren ihren Mut aufgebracht haben. Und genau diese Freiheit braucht Mut zur Verantwortung, zu der wir Menschen jeden Tag aufs Neue berufen sind.

Ich glaube deshalb, dass die Bedeutung des Mutes für das Politische ungebrochen ist. Natürlich ist es heute in einer Gesellschaft, in der Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit gelebt werden können,

ungleich einfacher, diesen Mut an den Tag zu legen. Aber das Zutrauen in die eigenen Fähigkeiten und die Zuversicht, etwas verändern zu können, sind noch immer die Voraussetzungen, um Politik erfolgreich gestalten zu können. Gerade die Zeit der

Freiheit zur Verantwortung ist es, für die Menschen vor 20 Jahren ihren Mut aufgebracht haben.

Krise zeigt wieder wie wichtig diese Tugend ist und bleibt, wie sehr wir Zuversicht brauchen – und die beständige Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise stellt unsere Gesellschaft vor erhebliche Herausforderungen. Allein in Thüringen müssen wir nach der jüngsten Steuerschätzung mit 735 Millionen Euro weniger Steuereinnahmen rechnen, als noch 2008 prognostiziert. Bis 2019 werden darüber hinaus die Mittel des Solidarpakts II auf Null zurückgeführt, das heißt jährlich rund 100 Millionen Euro weniger in unserem Landeshaushalt. Alles in allem summieren sich die Mindereinnahmen im nächsten Jahrzehnt auf zwei Milliarden Euro. Angesichts der aktuellen Steuermindereinnahmen ist die Aufnahme neuer Schulden im kommenden Jahr unumgänglich. Wir haben uns in Thüringen diese Entscheidung nicht einfach gemacht, zumal wir seit 2007 die Haushaltsjahre ohne Neuverschuldung abschließen konnten. Die aktuelle Politikergeneration steht deshalb in der Pflicht, den nachfolgenden Generationen Handlungsspielräume zu erhalten, so dass auch sie Freiheit in Verantwortung wahrnehmen können. Die notwendige Aufnahme neuer Schulden haben wir in Thüringen so gestaltet, als wäre eine „Schuldenbremse“ mit begrenzten Ausnahmesituationen bereits in der Thüringer Verfassung verankert. Nur der Ausnahmefall der aktuellen Krise gestattet uns eine Schuldenaufnahme und das nur bei gleichzeitiger Vorlage eines verbindlichen Tilgungsplans. Gleichzeitig haben wir uns dafür eingesetzt, die „Schuldenbremse“ auch tatsächlich in der Thüringer Verfassung zu verankern. Wie viel leichter wäre es, die Probleme von heute mit immer neuen Schulden ständig auf Morgen zu verschieben, ohne darüber nachdenken zu müssen, wie man sie wieder tilgen kann. Es ist an uns, jetzt den Mut aufzubringen, genau diesen Weg eben nicht zu gehen, sondern die Verantwortung zu übernehmen und die Herausforderung zu schultern. Auf Bundesebene ist der Schritt mit der Zustimmung im Bundestag und Bundesrat bereits gegangen. Und auch die Unionsfraktionen haben sich einstimmig in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz entschlossen, dem Kompass unserer Grundsätze

Das Zutrauen in die eigenen Fähigkeiten und die Zuversicht, etwas verändern zu können, sind noch immer die Voraussetzungen, um Politik erfolgreich gestalten zu können.

Spendenstand

Seit dem 2. Januar 2009 haben insgesamt 146 Spender 8.221,19 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:
Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,
Konto-Nr. 266 098 300

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: www.eak-cducsu.de

zu folgen: Das Budgetrecht der Landtage soll so gestaltet werden, dass eine Nullverschuldung den Standard solider Haushaltspolitik darstellt. Das ist zugleich der Markenkern einer verantwortlichen Politik der Union, die die Auswirkungen ihrer Entscheidungen auf die nachfolgenden Generationen mit in den Blick nimmt. Der Blick auf die öffentliche Kassenlage darf nicht dazu führen, quasi vor Schreck die Augen zu verschließen. Auch hier gilt der Satz vom Apfelbäumchen: Wir halten zu jedem Zeitpunkt das Heft des Handelns in der Hand. Wir müssen aber den Mut aufbringen, die Chance zum Handeln auch zu ergreifen.

Das Beispiel aus der Haushaltspolitik zeigt, welche Aktualität das christliche Menschenbild noch immer besitzt. Viele andere Beispiele aus dem Politikfeld des demographischen Wandels oder der Globalisierung ließen sich ebenso anführen. Aus alledem wissen wir, wie richtig es ist, dass wir uns in unseren Entscheidungen stets dem „C“ verpflichtet fühlen. Wir besitzen so einen Kompass, können einen klaren Kurs setzen und behalten das Steuer in der Hand. Wir können uns mit Zuversicht den politischen Herausforderungen stellen und uns auf die Zukunft freuen. Ohne Verzagtheit. Ohne Missmut. Also, pflanzen wir Apfelbäume. Noch heute. Die Ernte wird zeigen, wir haben es heute in der Hand und gestalten mit Gottvertrauen unsere Freiheit.



Mike Mobring MdL
ist Vorsitzender der
CDU-Fraktion im
Thüringer Landtag

Darf die CDU sich „christlich“ nennen?

| PD Dr. phil. habil. Jürgen Plöhn

Joachim Kardinal Meisner hat wiederholt der CDU öffentlich das Recht bestritten, sich christlich zu nennen. Im November 2008 hat er hierzu in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung einen breit angelegten Artikel veröffentlicht (F.A.Z. Nr. 269 vom 17.11.2008, S. 8). Seitens der CDU wird die Haltung des Kardinals von katholischen Christen regelmäßig bedauert und als schmerzlich empfunden. Evangelische Christen äußern sich typischerweise weniger deutlich zu diesem Problem, da sie sich durch Äußerungen katholischer Geistlicher in ihrer eigenen Position nicht unmittelbar betroffen fühlen. Evangelischerseits wird hingegen regelmäßig daran Anstoß genommen, wenn den evangelischen Kirchen von katholischen Amtsträgern der gleichberechtigte Status als Kirche abgesprochen wird.

Nach der hier vertretenen Auffassung gehören beide Positionen zusammen. Denn beide beruhen auf besonderen katholischen Glaubensaussagen, die von Christen anderer Konfessionen nicht geteilt werden, deren Selbstverständnis nicht gerecht werden und daher einem gedeihlichen Zusammenwirken nicht förderlich sind. Die unprovokierten katholischen Positionierungen verlangen daher nach einer ebenso klaren und grundsätzlichen wie unaufgeregten Antwort evangelischer Christen, die sich politisch den Unionsparteien verbunden fühlen.

Nach katholischer Auffassung gewinnt die Kirche Jesu Christi allein in der römisch-katholischen Kirche ihre konkrete Gestalt in der Welt. Dabei hat das kirchliche Amt nach katholischer Auffassung zur Voraussetzung, dass es sich über eine ununterbrochene Kette der Nachfolge auf den von Jesus als Leiter der Gemeinde eingesetzten Apostel Petrus zurückführen lässt. Dagegen spricht der heutige Papst von »eklesiologischem Relativismus«, wenn von einer möglichen gleichberechtigten Existenz mehrerer christlicher Kirchen die Rede ist (Joseph Kardinal Ratzinger 2002).

Die Evangelische Kirche in Deutschland erläutert ihr kirchliches Selbstverständnis mit Hinweisen auf den ersten Brief des Apostels Paulus an die Korinther und auf das Augsburgische Bekenntnis (Confessio Augustana, abgekürzt CA) von 1530:

„Einen andern Grund kann niemand legen als den, der gelegt ist, welcher ist Jesus Christus“ (1.Kor 3,11). Die christliche Gemeinde muß sich auf Jesus Christus beziehen, will sie seine Kirche sein. Nach diesem Verständnis ist die Kirche die „Versammlung aller Gläubigen, bei denen das Evangelium rein gepredigt und die heiligen Sakramente laut dem Evangelium gereicht werden“ (CA VII).

Während also die katholische Kirche eine Chance hat, sich in den Augen von Protestanten als Kirche Jesu Christi zu zeigen, wird der evangelischen Seite in der katholischen Interpretation die Voraussetzung der Kirchengemeinschaft bestritten, wobei häufig übersehen wird, dass insbesondere aufgrund der skandinavischen Kirchengeschichte ein beträchtlicher Teil der evangelischen Kirche faktisch ebenfalls in apostolischer Sukzession steht, auch wenn das für das kirchliche Selbstverständnis nach evangelischer Auffassung nicht ausschlaggebend ist.

Die Exklusivposition als Kirche, die sich die katholische Kirche zuspricht, gibt ihr die Möglichkeit, hierauf aufbauend politische Erwartungen an den Staat zu formulieren. Denn die katholische Kirche nimmt für sich erstens in Anspruch, das göttliche Heil für die Welt institutionell zu verkörpern und zweitens über weiterreichende, den letzten Grund der Existenz des Staates berührende Einsichten zu verfügen. Diese in der natürlichen Ordnung angelegten Lehren seien der Kirche verfügbar, erschlossen sich aber „jedermann“ auch unabhängig vom christlichen Glauben durch die den Menschen von Gott verliehene Vernunft. Auch wenn insoweit von „Naturrecht“ die Rede ist, geht es dabei jeweils nicht um die vorfindlichen Elemente selbst, sondern um deren „Übernatur“ (Dietz Lange 2002, S. 298; Helmut Thielicke 1987, S. 722).

Die evangelische Glaubensauffassung unterscheidet dagegen zwischen der „sichtbaren“ Kirche, die als Teil der Welt von unzulänglichen Menschen gebildet wird, und der „unsichtbaren“ Kirche, welche die allein Gott bekannten wahren Christen umfasst. Die evangelische Kirche

sieht sich allein dem Dienst am Wort Gottes verpflichtet. Die Verkündung eines naturrechtlich verankerten Sittengesetzes lehnt sie ab. Denn angesichts der – theologisch gesprochen – „Sündhaftigkeit“ der Welt bezweifeln evangelische Christen die Erkennbarkeit einer ursprünglichen Ordnung Gottes in der vorfindlichen „gefallenen“ Welt. In dieser kann es nur darum gehen, „Notordnungen“ zu errichten, um Taten zu verhindern, die evident dem Menschen schädlich und daher gegen Gottes Willen gerichtet sind.

Von diesen unterschiedlichen Ausgangspunkten her betrachten Christen unterschiedlicher Konfessionen auch die Kerngehalte des Grundgesetzes. Kardinal Meisner hat in seinen Ausführungen allein die Menschenwürde aufgegriffen,

einen naturrechtlich interpretierbaren Begriff, der aus katholischer Sicht unmittelbar zur „Personalität“ als einem Zentralbegriff der Soziallehre gehört. Meisner hat daran konkretisierende Folgerungen geknüpft, denen eine christliche Politik entsprechen müsse, die Politik der CDU jedoch nicht mit hinreichender Deutlichkeit entsprochen habe. Von aktueller, ausschlaggebender Bedeutung sind für Meisner die Regelungen zur embryonalen Stammzellenforschung. Denn das Lebensrecht jedes Menschen erstreckt sich von der Befruchtung bis zum Tod. Diesem für Meisner zentralen Aspekt des christlichen Menschenbildes habe ein Teil der Bundestagsabgeordneten von CDU und CSU bei der Abstimmung zum Stammzellengesetz nicht entsprochen, weshalb die Parteien sich nicht christlich nennen dürften.

Dem ist aus evangelischer Sicht entgegenzuhalten:

- 1.) Als christlich verbindlich kann nur das angesehen werden, worüber zwischen den Konfessionen ein Konsens besteht. Das Naturrecht gehört offenkundig nicht dazu. Vielmehr kann es nur um klare biblische Aussagen gehen. Das exklusive katholische Selbstverständnis erschwert diese Perspektive.
- 2.) Die Menschenwürde wird in der neueren evangelischen Theologie nicht auf irgendwelche menschlichen Eigenschaften, sondern auf die Zuwendung Gottes, die Ansprache des

Menschen durch Gott zurückgeführt, also relational, nicht substanzhaft interpretiert.

- 3.) Auch wenn wir dies vielleicht nicht gerne hören: Es gibt im Christentum kein generelles Verbot, Menschen zu töten. Auch heute noch gibt es Verteidigungs- und Nothilfeaktionen, die auch aus christlicher Sicht als unvermeidlich und daher in der vorhandenen, unvollkommenen Welt als gerechtfertigt angesehen werden. Das Leben gilt weder nach christlicher Auffassung noch nach der Wertordnung des Grundgesetzes als höchstes Gut. Daher sollte auch der gebotene Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens die Realität in anderen Lebensbereichen nicht aus den Augen verlieren.
- 4.) Der juristische Bezugspunkt für das Lebensrecht jedes Menschen ist Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 GG, nicht Artikel 1 Absatz 1 Satz 1 GG. Einschränkungen des Rechtes auf Leben sind daher nach der verbindlichen verfassungsmäßigen Ordnung des Grundgesetzes denkbar, sofern sie inhaltlich gerechtfertigt werden können. Für die Menschenwürde gilt dies dagegen nicht. Bei ihr handelt es sich daher auch eher um einen grundlegenden innerweltlichen Glaubenssatz als um ein konkret anwendbares individuelles Grundrecht.
- 5.) Angesichts der elementaren Unsicherheit, unter der politische Entscheidungen stets getroffen werden müssen, kommt für evangelische Christen nicht nur inhaltlichen Bestimmungen wie Grundrechten und Menschenwürde, sondern auch prozessualen Regeln eine fundamentale Bedeutung für die rechte Meinungs- und Willensbildung im Gemeinwesen zu.

Die evangelische Auffassung vom allgemeinen Priestertum hat auch Konsequenzen im politischen Raum. Die Gebote Gottes, die vor allem in der Gestalt der Bergpredigt Jesu dem Menschen vor Augen führen, nach welchen Grundsätzen er handeln sollte, können vom Menschen nicht erfüllt werden. Daher ist jeder Mensch – einschließlich der Träger kirchlicher Ämter – auf die Gnade Gottes verwiesen.

Politik hat die Aufgabe, unter Unsicherheit verbindliche Entscheidungen für das Gemeinwesen zu treffen. Damit ist sie auf Abwägungen angewiesen. Hierfür gibt es nach evangelischer Auffassung keine verbindliche, allumfassende Ordnung von Gütern, die miteinander in Konflikt geraten können. Es gilt vielmehr, situativ Kompromisse zu finden. Diese entsprechen als Mittel zur Konfliktbeilegung dem Zustand

der Welt, die eben nicht in sich selbst „gut“ ist, sondern den Menschen nötigt, jeweils nach den relativ besten Regelungen zu suchen.

„Der christliche Glaube ermächtigt zum Handeln; er vermittelt aber nicht den Maßstab einer objektiven Ordnung. Er befreit zum vernünftigen Abwägen zwischen Verzichtbarem und Unverzichtbarem. Aber er garantiert eben gerade nicht eine sittliche Irrtumslosigkeit, ...“ (Martin Honecker 1990, S. 243). Dies hat der Entscheidungsträger auszuhalten, obgleich eine solche Spannung die „Autoritätssehnsucht vieler Menschen auch innerhalb des Protestantismus“ unbefriedigt lassen mag (Dietz Lange 2002, S. 300). Aus evangelischer Sicht kann die Bezeichnung „christlich“ weder für eine Kirche noch für eine Partei deren inhaltliche Ausrichtung auf den Willen Gottes garantieren. Es handelt sich vielmehr um die Angabe eines Orientierungspunktes, der Reden und Handeln bestimmen soll – für die Kirche von Christus vorgegeben, im Falle einer Partei von dieser selbst gewählt. Für eine Partei fallen dabei Selbstbekenntnis und Selbstverpflichtung zusammen. Allerdings ist die Verpflichtung weder im Sinne einer Befolgung klerikaler Forderungen noch als Ausdruck einer höheren Einsicht, sondern nur im Sinne eines Strebens um Beachtung des

selbstgewählten Maßstabes zu verstehen. In diesem Sinne hat die Berufung auf das Christentum in der Politik auch heute noch ihre Berechtigung. Dass der Maßstab so umfassend wie anspruchsvoll ist, macht seine inhaltlichen Schwierigkeiten aus. Man darf sich ihnen aber mutig stellen.

Ein Votum zum geordneten Miteinander bekenntnisverschiedener Kirchen, EKD-Texte 69, 2001, http://www.ekd.de/ausland_oeikumene/6421.html.

Honecker, Martin: Einführung in die Theologische Ethik. Grundlagen und Grundbegriffe, Berlin/New York 1990.

Lange, Dietz: Ethik in evangelischer Perspektive, 2. Aufl. Göttingen 2002.

Meisner, Joachim Kardinal: Das „C“ als Verpflichtung und Maßstab, in: F.A.Z. Nr. 269 vom 17.11.2008, S. 8.

Ratzinger, Joseph Kardinal: Die Ekklesiologie der Konstitution Lumen gentium, in: Weggemeinschaft des Glaubens. Kirche als Communio. Festgabe zum 75. Geburtstag, hg. vom Schülerkreis, Redaktion Stephan Otto Horn/Vinzenz Pfnür, Augsburg 2002, S. 107-131.

Thielicke, Helmut: Theologische Ethik. 2. Bd. Entfaltung, 2 Teilbände, 4. Aufl. Tübingen 1987.



PD Dr. phil. habil.

Jürgen Plöhn

ist Dozent am Institut für Politikwissenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Pressemitteilung vom 08.06.2009

Wider die unzivilisierte Gewaltorgie des ‚Ultimate Fighting‘

Anlässlich der geplanten Austragung der ‚Ultimate Fighting Championship‘ am 13. Juni 2009 in Köln erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB:

„Die am kommenden Wochenende in Köln stattfindende Veranstaltung ‚Ultimate Fighting Championship‘ ist geschmacklos und abzulehnen. ‚Ultimate Fighting‘ ist kein Sport, sondern eine bewusst inszenierte, Gewalt verherrlichende Perversion traditioneller Kampfsportarten.

Im ‚Ultimate Fighting‘ zielt ein Kämpfer auf schwerste körperliche Verletzungen seines Kontrahenten durch zügellose, hinterhältige Gewalt ab. Diese brutale Form des Kampfes ist mit dem christlichen Menschenbild unvereinbar. Wie bei diesem Extremkampf die Kämpfer mit ihrem Gegner umgehen, ist menschenverachtend und jeder zivilisierten Gesellschaft unwürdig. ‚Ultimate Fighting‘ leistet sehenden Auges der zunehmenden Gewaltbereitschaft unter Kindern und Jugendlichen und der Verrohung unserer Gesellschaft Vorschub.

Diese Veranstaltung widerspricht allen Kerngedanken der sportlichen Fairness und jedem Kräfteressen in echtem Sportsgeist. Dass die in Köln ausgetragenen Kämpfe vom Deutschen Sport-Fernsehen (DSF) übertragen werden, ist ein Hohn für jede sportliche Auseinandersetzung nach fairen Regeln.

Die Politik wird alle rechtlichen Möglichkeiten bis hin zu einer Änderung der bisher bestehenden Gesetze gewissenhaft zu prüfen haben, um dem ‚Ultimate Fighting‘ in ganz Deutschland dauerhaft den Riegel vorzuschieben. Die Austragung dieser Gewaltorgie zu untersagen, wäre konsequent und richtig.“



Calvin-Statue im Reformationsmuseum in Genf

Zum 500. Geburtstag Johannes Calvins

| Christian Meißner, Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU

Johannes Calvin gehört zur zweiten Generation der Reformation: Als Martin Luther 1517 seine 95 Thesen veröffentlicht, ist der junge Jean Cauvin gerade einmal acht Jahre alt. Nur wenig später wird dieser äußerst begabte Junge, der der damaligen Zeit bald nur noch unter seinem latinisierten Namen „Calvin(us)“ bekannt werden wird, die Tonsur empfangen und nach dem Willen seines Vaters das Studium der sieben freien Künste (*artes liberales*) beginnen. Nach Abschluss der Artistenfakultät soll er Theologie studieren. Aus seiner Heimatstadt Noyon (Picardie), in der 768 Karl der Große zum König der Franken gekrönt wurde, kommt er nach Paris, zunächst an das Collège de la Marche und danach an das schon damals für seine Sittenstrenge und seine bis an Brutalität grenzenden Erziehungsmethoden berühmte Collège de Montaigu,

Calvin ist zweifelsohne neben Luther die prägendste und einflussreichste Gestalt der Reformationszeit.

wo auch schon andere Berühmtheiten, wie Rabelais und Erasmus von Rotterdam, einschlägige Erfahrungen sammeln durften. Ignatius von Loyola könnte dem jungen Calvin dort begegnet sein, es ist jedoch nichts davon überliefert (die späteren Jesuiten gehörten ohnehin zu den

Erzfeinden der Calvinisten). Nachdem Calvin seinen „magister artium“ abgelegt hat, kommt es, bedingt

durch den Vater Gérard, der sich als jahrelanger Sachwalter der Geschäfte des Bischofs sowie des Klerus von Noyon mit dem Kapitel aufgrund finanzieller Streitigkeiten überworfen hat, zu einer folgenreichen Änderung der Lebensplanung: Nach dem Willen des Vaters (der 1531 als Exkommunizierter der katholischen Kirche stirbt) soll Calvin nun das Studium der Rechte aufnehmen (also genau umgekehrt wie bei Luther, der ja vom Vater zuerst für die juristische Laufbahn auserkoren

worden war). Dieses Studium wird ihn nach Bourges, Orléans und schließlich zurück nach Paris führen.

Seit den frühen zwanziger Jahren waren aus Deutschland mehr und mehr die reformatorischen Gedanken nach Frankreich gedungen und bei nicht unbedeutenden Gelehrten und Persönlichkeiten der damaligen Zeit auf fruchtbaren Boden gefallen. Der Kampf um die „lutherische Irrlehre“ tobte also bereits seit geraumer Zeit: 1521 wurde der berühmte Reformhumanist und Bibelwissenschaftler von Saint-Germain des Prés, Faber Stapulensis, verurteilt, weil er entgegen der römischen Liturgie behauptet hatte, dass es sich bei den im Neuen Testament erwähnten Marias um drei verschiedene Personen gehandelt habe. Faber Stapulensis stand schon früh mit Zwingli (seit 1519) sowie mit dem Baseler Reformator Oekolampad in Kontakt. In den Jahren 1525 und 1526 hielt er sich zusammen mit

Guillaume Farel (dem Vorgänger Calvins in Genf) in Straßburg auf. 1523 wurde der Augustinermönch Jean Vallière als Ketzer auf dem Scheiterhaufen verbrannt, nachdem man ihm zuvor die Zunge herausgerissen hatte. Er gilt als erster Märtyrer der Reformation in Frankreich. Der französische König, Franz I. aus dem Hause Valois, der sich 1519 vergeblich um die deutsche Kaiserkrone beworben hatte und anfangs noch nicht wenigen Zeitgenossen als hoffnungsvoller Förderer des katholischen Reformhumanismus erscheinen konnte, erwies sich spätestens seit der sog. Pariser „Plakataffäre“ des Jahres 1534 als erbitterter Gegner der Reformation: An die Tür seines Schlafgemaches hatte man in der Nacht vom 17. zum 18. Oktober ein Plakat aufgehängt, in dem die katholische Messe geschmäht worden war.

Auf diese Zeit blickt Calvin in seinem Vorwort des Psalmen-Kommentars aus dem Jahre 1557 zurück: „Mein Vater hatte mich schon als kleinen Jungen zum Studium der Theologie bestimmt. Als er aber sah, dass die Rechtswissenschaft die, die sich ihr verschrieben haben, in aller Regel reicher macht, bewegte ich diese Aussicht plötzlich zur Änderung seines Plans. So kam es, dass ich vom Studium der Philosophie abgebracht wurde und zur Rechtswissenschaft wechselte. So sehr ich dem Willen meines Vaters gehorsam war und versuchte, mich diesem Studium treu zu widmen, so hat doch Gott schließlich durch den verborgenen Zügel seiner Vorsehung meinen Weg in eine andere Richtung gelenkt. Zunächst aber war ich dem Aberglauben des Papsttums so hartnäckig erlegen, dass es nicht leicht war, mich aus diesem tiefen Sumpf herauszuziehen. Darum hat Gott mein trotz seiner Jugend schon recht starres Herz durch eine unerwartete Bekehrung (subita conversione) zur Gelehrsamkeit gebracht. Erfüllt vom Geschmack an wahrer Frömmigkeit, entbrannte ich in einem solchen Eifer, darin Fortschritte zu machen, dass ich die übrigen Studien zwar nicht fallen ließ, wohl aber ziemlich nachlässig betrieb.“

Die Pariser „affaire des placards“ war für viele Anhänger der Reformation in Frankreich sozusagen der Fanfarenstoß für heftigste Verfolgungen und Repressalien und drängte nicht wenige ins ausländische Exil. Calvin selbst verschlug es zunächst nach Basel. Dort verfasste er sein wohl größtes und einflussreichstes, theologisches Werk, das bis heute mit seinem Namen verbunden ist, die „Institutio christianae religionis“ (= „Unterricht in der christlichen Religion“), die 1536 zum ersten Mal (in

lateinischer Sprache) veröffentlicht wurde und 1559 – in völlig verwandelter Gestalt – seinen letzten Abschluss gefunden hat. In dem Widmungsschreiben der Institutio von 1536 an König Franz heißt es in klassisch-apologetischem Ton: „Als ich zum ersten mal Hand an dies Werk legte, dachte ich an nichts weniger, hervorragender König, als an die Abfassung einer Schrift, die Eurer Majestät einmal überreicht werden sollte. Ich hatte mir nur vorgenommen, einige Grundbegriffe vorzutragen, um all die zu wahrer Frömmigkeit heranzubilden, die heute von religiösem Eifer ergriffen sind. Und diese mühevollen Arbeit wollte ich hauptsächlich für unsere Franzosen auf mich nehmen, von denen sehr viele, wie ich sah, nach Christus hungern und dürsten, sehr wenige aber auch nur mit den bescheidensten Kenntnissen ausgerüstet sind. Dass ich mir dies zum Ziel gesetzt habe, dafür spricht das Buch selbst, ist es doch auf eine möglichst einfache und elementare Form der Lehre zugeschnitten. Dann aber musste ich wahrnehmen, dass die Verblendung einiger böswilliger Leute in Eurem Reich ein solches Maß angenommen hat, dass es für die gesunde Lehre dort keinen Raum mehr gibt. So schien es mir der Mühe wert zu sein, mit ein und demselben Werk denen eine Unterweisung zu geben, die zu unterrichten ich mir in erster Linie vorgenommen hatte, und zugleich Euch gegenüber ein Bekenntnis unseres Glaubens (confessionem) abzulegen, das Euch ein Urteil über die Art unserer Lehre erlaubt, gegen die jene Verblendeten mit einer solchen Wut entbrannt sind, dass sie heute mit Feuer und Schwert Euer Reich durcheinander bringen.“

Abgesehen von einem noch kurzen Aufenthalt in Paris, der durch das Edikt von Coucy (= Erlaubnis der Rückkehr für die evangelischen Exilanten unter der Bedingung einer halbjährigen Frist zum Abschwören ihrer „Häresie“) für kurze Zeit möglich war, spürte Calvin doch sehr bald, dass er wohl nie mehr nach Frankreich zurückkehren würde und richtete sich für ein Leben im Exil ein. Eher durch Zufall (er selbst und andere würden sagen: durch die Fügung Gottes) verschlug es ihn schließlich in die Stadt, die später zum Inbegriff der nach ihm benannten Reformation werden sollte. Calvin hatte es ursprünglich nach Straßburg gezogen, aber ein abermaliger Krieg zwischen Franz I. und Karl V. zwang ihn zum Umweg über Genf. Nach dem Sieg der katholischen Inner-schweiz über das reformierte Zürich im Jahre 1531 (Tod Zwinglis) war es zwar zu

einem herben Rückschlag der reformatorischen Bewegung in der deutschsprachigen Schweiz gekommen, seit 1532 wirkte aber Guillaume Farel (zusammen mit Pierre Viret) immer intensiver für die evangelische Sache in Genf. Nach der Vertreibung des verhassten Bischofs und dem Sieg des protestantischen Bern über den Herzog von Savoyen, der schließlich auch die Freiheit und Unabhängigkeit Genfs gesichert hatte, war die Zeit reif: Im August 1535 wurde der letzte katholische Gottesdienst in der Stadt begangen, im Mai 1536 (zwei Monate vor der Ankunft Calvins) wurde die Messe abgeschafft und die Reformation offiziell eingeführt. Der Rest der Geschichte ist bekannt:

Farel nötigte den sich auf der Durchreise befindenden Calvin zum Bleiben und konnte ihn für die Mithilfe an der kirchlichen Neuordnung Genfs gewinnen. Nach einer ersten Phase, in der es Calvin und Farel nicht gelungen war, die Mehrheit der Genfer Bürgerschaft auf ihren neuen und rigiden kirchenreformerischen Kurs einzuschwören, kam es 1538 zur Ausweisung der beiden. Erst nach seiner abermaligen Rückkehr nach Genf im September 1541 („Dieses gegenwärtige Leben ist zum Kämpfen bestimmt“), konnte Calvin – wiederum nach

jahrelangen theologischen wie kirchenpolitischen Auseinandersetzungen und Kontroversen – Zug um Zug alle Widerstände brechen, die Reformation der Stadt dauerhaft festigen und nach seinen Vorstellungen gestalten: Eine neue Kirchenordnung (Ordonnances Ecclésiastiques) wurde 1541 eingeführt, 1542 erschien der Genfer Katechismus (mit der klaren Vorordnung des „Evangeliums“ vor dem „Gesetz“), 1549 wurde die theologische Union Genfs mit Zürich und Bern im „Consensus Tigurinus“ besiegelt und 1559 dann schließlich die Genfer Akademie errichtet.

Ab Mitte der fünfziger Jahre hatte sich Calvin durchgesetzt. Am Ende wurde in Genf, wie es Émile G. Léonnard einmal treffend ausgedrückt hat, ein neuer (eben: reformierter) „Menschentypus“ geschaffen, der fortan weder aus der Kirchen- und Theologiegeschichte noch aus der Geschichte Europas und der gesamten westlichen Welt wegzudenken ist.

Welche Bilanz lässt sich nun aber zum 500. Geburtstag Johannes Calvins ziehen? Welches ist das bleibende Erbe, das dieser große Reformator uns überlassen hat? Was gibt es zu feiern? Was kritisch zu rekapitulieren?

Die Antwort hierauf dürfte, wie bei allen Gestalten der Kirchengeschichte, die es in historisch-theologischer Perspektive zu würdigen gilt, natürlich immer auch vom Auge des jeweiligen Betrachters abhängen. Gilt das Genf Calvins den einen als „die vollendetste Schule Christi, die es auf Erden seit der Zeit der Apostel jemals gegeben hat“ (John Knox), so ist es für andere nichts als der Versuch der Errichtung einer theokratischen Tyrannei, ein bloßer „Archipel Gulag an der Rhone“ (wie Volker Reinhardt kürzlich in treffend-pointierter Weise den entsprechenden „Gegenmythos“ karikiert hat).

Kirchenzucht, Bilderstürmerei, Moralregiment und Gesinnungsterror, Intoleranz gegenüber Andersdenkenden und der Scheiterhaufen für Michael Servet (den berühmten Leugner der Trinitätslehre) gehören nicht erst seit Stefan Zweigs „Castellio gegen Calvin“ zum

festen Argumentationsinventar der Gegner Calvins. Und es ist selbstverständlich nicht von der Hand zu weisen, dass in Person, Lehre und Biographie des Genfer Reformators so manches aus heutiger Sicht Abgründige zum Vorschein kommt. Doch dies wäre, betrachtete man es ausschließlich von dieser einseitigen Warte aus, ein nicht nur gänzlich ahistorisches, sondern in Bezug auf die tatsächliche Bedeutung und Gesamtwirkung Calvins auch letztlich ungerechtfertigtes Urteil.

Calvin ist zweifelsohne neben Luther die prägendste und einflussreichste Gestalt der Reformationszeit. Seine Theologie ist getragen von der unbedingten Ehrfurcht vor dem Worte Gottes, der Heiligen Schrift und dem festen Willen, dieses Wort Gottes – mit den Worten von Barmen II – als kräftigen „Anspruch auf unser ganzes Leben“ zu verstehen. In Calvins gesamtem theologischen Denken

werden immer wieder Akzente gesetzt, die auch für die innerprotestantische Ökumene fruchtbringend geworden sind und auch heute noch helfen können, manche konfessionellen Einseitigkeiten zwischen Lutheranern und Reformierten zu relativieren: Das gilt insbesondere für viele Fragen in Bezug auf das Verhältnis zwischen „Gesetz und Evangelium“, die sog. „Zwei-Reiche-Lehre“, die Stellung zur „Obrigkeit“ (Staatswesen und kirchliches Widerstandsrecht), das Verhältnis zwischen Rechtfertigung und Heiligung und – nicht zuletzt – auch die Lehre von der Kirche und ihren Sakramenten.

Johannes Calvin (und dem Calvinismus) ist es schließlich auch zu einem wesentlichen Teil zu verdanken, dass die Reformation nicht nur eine deutsche bzw. mitteleuropäische Provinz-Angelegenheit geblieben ist, sondern zu einer gesamt-europäischen und internationalen Macht

Evangelisches Leserforum



Klaas Huizing,
**Calvin... und was vom Reformator
übrig bleibt**
Edition Chrismon, Hansisches Druck- und
Verlagshaus GMBH, Frankfurt a. M. 2008
ISBN 978-3-938704-67-7
kartoniert, 160 S., 9,90 EUR

Dieses Buch ist einfach nur brilliant! Mit viel hintergründigem Witz und Humor versehen und aus der Perspektive eigener biographischer Betroffenheit heraus verfasst („Für meine Großmutter war auch das Kartenspiel ein Teufelsgebetbuch“), gelingt es dem reformierten Theologen und Professor für Systematische Theologie (Würzburg), einer breiten Leserschaft die Bedeutung und Relevanz des großen Genfer Reformators für unsere heutige Gegenwart zu erschließen. Huizing erzeugt ein nachdenkliches und tiefgründiges Schmunzeln, wenn er etwa die Idee der „Kirchenzucht“ schon beim jungen Calvin als Willen zur „Transparenz im sozialen Kontext“ angelegt sieht, wenn er anhand eines physiognomischen Vergleiches mit Luther in Bezug auf Calvin zu dem Schluss kommt: „Ein Gesicht wie ein Ausrufezeichen!“ oder wenn er die ziemlich unromantische Brautschau des Reformators aufs Herrlichste euphemisiert: „Er sucht also eine unbegrenzt belastbare Angestellte mit ganzkörperlicher Betreuungsgarantie“. Ein wunderbares Lesevergnügen, das selbst hartgesottensten post-modernen Kirchenabstinenten auf intelligente und niederschwellige Art und Weise einen zeitgemäßen Zugang zu Größe, Bedeutsamkeit und Wirkmächtigkeit dieses großen Theologen verschaffen dürfte.

Empfehlung ★★★★★



Peter Opitz,
Leben und Werk Johannes Calvins
Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2009
ISBN 978-3-525-55000-7, gebunden, 176 S., 16,90 EUR
Georg Plasger,
Johannes Calvins Theologie – Eine Einführung
Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2008
ISBN 978-3-525-56966-5, gebunden, 160 S., 16,90 EUR

Diese beiden (aufgrund ihres gemeinsamen Formates und ihrer gleichen buchtechnischen Aufmachung geradezu als „Zwillingsbände“ zu bezeichnenden) Bücher bieten kurze und dennoch profunde Einführungen in Leben, Werk und Theologie Johannes Calvins. Obwohl es sich um völlig eigenständige Arbeiten handelt, ergänzen sie sich gegenseitig auf sehr gelungene Weise. Georg Plasger umreißt die Theologie Calvins in enger Anlehnung an die vier Hauptkapitel der Institutio und führt auch den theologischen Laien in gut verständlicher Sprache in die wesentlichen Bereiche seines Denkens ein. Ganz bewusst versteht er dabei seine Einführung als „Appetitanreger“ für eine „größere Mahlzeit“. Opitz verfährt bei der Auswahl des historisch-theologischen Stoffes ebenso geschickt und souverän, und es gelingt ihm auf dem vergleichsweise eng begrenzten Raum, Calvins Leben und Werk anhand der wichtigsten Stationen, Wirkungsfelder und Konflikte nachvollziehbar darzustellen.

Empfehlung ★★★★★

und Größe erwachsen ist, deren kultureller Einfluss für unsere modernen freiheitlich-westlichen Demokratien bis heute spürbar ist. Das calvinistische Berufsethos und seine diesbezüglichen Tugenden (Sauberkeit, Ordnung, Fleiß, Beharrlichkeit, Rechtschaffenheit und Sonntagsheiligung) haben über viele Jahrhunderte hinweg gerade auch im politischen und sozial-diakonischen Bereich starke gesellschaftsprägende Wirkmächtigkeit entfaltet. Genauso berühmt wie umstritten ist in diesem Zusammenhang bis heute auch die These Max Webers bezüglich der Wahlverwandschaft zwischen der spezifisch calvinistisch-puritanischen Lebensform und der Entwicklung des modernen Bürgertums und des Kapitalismus.

Ferner ist an die Ekklesiologie Calvins zu erinnern: Eberhard Busch hat einmal sehr schön darauf hingewiesen, dass gerade auch die presbyterial-synodale

Kirchenordnung mit ihrer antihierarchischen und transparenten Struktur „ein demokratisches Denken (...) befruchtet“ habe. Und womöglich liegt auch Klaas Huizing nicht ganz falsch, wenn er in seiner aktuellen Calvin-Biographie konstatiert: „Wer die Souveränität Gottes wirklich hochhalten will, muss grundsätzlich Strukturen favorisieren, die nicht dazu tendieren, in eine Konkurrenzsituation zum monarchischen Gottesverständnis zu treten. Eine Gewaltenteilung, wie sie Calvin favorisiert hat, stützt geradezu die Autorität Gottes. (...) Mir scheint zudem die Idee der Kirchenzucht als Instrument der Durchsetzung von Transparenz eine starke Affinität zur demokratischen Lebensform aufzuweisen. Zugegeben: Diese geforderte Transparenz kann zu einem Terrorregime der Gewissensprüfung ausarten, aber Calvin hat sie stets im Kontext liebend-brüderlicher Zuneigung gedeutet und Milde als mentale Haltung verordnet.

Damit wird der Kirchenzucht der Schrecken genommen. Dieser Gedanke der Transparenz lässt sich umstandslos auf die demokratische Zivilgesellschaft übertragen. Die Demokratie lebt von der Transparenz ihrer Handlungen.“

Calvin starb am 27. Mai 1564. Auf seinen ausdrücklichen Willen hin, wurde er – wie er es verstand: soli Deo gloria – anonym beigesetzt. Auch dieser letzte Umstand führt uns noch einmal schlaglichtartig vor Augen, wie nah oder aber auch wie fern uns einer der bedeutendsten Menschen des 16. Jahrhunderts am Ende sein kann.



Christian Meißner
ist Bundesgeschäftsführer des
EAK der CDU/CSU



Volker Reinhardt,
Die Tyrannei der Tugend – Calvin und die Reformation in Genf
Verlag C.H.Beck, München 2009
ISBN 978-3-406-57556-3
gebunden, 272 Seiten, 24,90 EUR

„Bei aller Fremdheit zur Gegenwart ist die Reformation Calvins in Genf ein Lehrstück für alle Zeit. Zugleich ist sie eine Herausforderung für die Geschichtswissenschaft. Wie konnte diese unmögliche Mission überhaupt gelingen, die strengste aller Reformationen in einer Stadt zu verwirklichen, die durch nichts auf diesen Rigorismus der Lebensführung und Moralkontrolle vorbereitet war?“ – Mit kritischem Blick entlarvt Volker Reinhardt die Mythen und Gegenmythen über die Genfer Reformation und schildert plastisch und detailliert den vielschichtigen Prozess ihrer historischen Durchsetzung. Das letzte Kapitel ist dem Nachleben und der Wirkungsgeschichte gewidmet. Unbedingt lesenswert!

Empfehlung ★★★★★

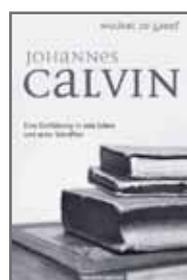


Johannes Calvin,
Unterricht in der christlichen Religion – Institutio Christianae Religionis
Neukirchener Verlag, Neukirchen-Vluyn 2008
ISBN 978-3-7887-2327-9
gebunden, 860 Seiten, 49,90 EUR

Diese im Auftrag des Reformierten Bundes bearbeitete und gemäß der lange vergriffenen Übersetzung von Otto Weber von Matthias Freudenberg neu eingerichtete Ausgabe der Institutio

von 1559 füllt eine schmerzliche Lücke auf dem Büchermarkt. Nun liegt das theologische Hauptwerk Calvins wieder in einer stattlichen und zugleich preiswerten, deutschen Ausgabe vor und mag somit auch heutigen Lesern – ganz dem Willen des Reformators entsprechend – „ein Schlüssel und eine Tür zu einem guten und rechten Verständnis der Heiligen Schrift“ sein. Freudenberg hat noch eine Übersetzung von Calvins kurzer „Vorrede an den Leser“ beigefügt. Am Ende des Buches befindet sich ein kleines Register der theologischen Hauptbegriffe.

Empfehlung ★★★★★



Wulfert de Greef,
Johannes Calvin – Eine Einführung in sein Leben und seine Schriften
Neukirchener Verlag, Neukirchen-Vluyn 2009
ISBN 978-3-7887-2307-1
gebunden, 304 Seiten, 29,90 EUR

Diese Einführung bietet sowohl chronologisch als auch systematisch eine verlässliche Orientierung: Die Schriften Calvins werden den großen theologischen Themenkomplexen zugeordnet (z.B. „Calvin und die Bibel“, „Der Aufbau der Kirche“, „Auseinandersetzungen mit der katholischen Kirche“ oder „Diskussionen mit weiteren Strömungen und Personen“) und innerhalb derselben vorgestellt. Auch die verschiedenen Versionen der Institutio sowie weitere Veröffentlichungen und ausgewählte Briefe Calvins werden einleitend gewürdigt. Dieses Buch bietet somit nicht nur einen ersten Einblick ins theologische Gesamtwerk sondern auch eine schöne Motivation zum weitergehenden Studium der Originalschriften Calvins.

Empfehlung ★★★★★



Freuten sich sichtlich über Ihre Begegnung in Bremen (v. l. n. r.): Bischof Dr. Wolfgang Huber (Ratsvorsitzender der Ev. Kirche in Deutschland), Christian Wulff MdL (Ministerpräsident von Niedersachsen), Parl. Staatssekretär Thomas Rachel MdB (EAK-Bundesvorsitzender) und Prof. Dr. Karin von Welck (Präsidentin des 32. Dt. Ev. Kirchentages).

Der EAK auf dem 32. Deutschen Evangelischen Kirchentag

„Mensch, wo bist Du?“ (1. Mose 3,9), so lautete das Motto des 32. Deutschen Evangelischen Kirchentages vom 20. bis zum 24. Mai 2009 in Bremen. Der EAK lud am sommerlichen Abend der Eröffnungsgottesdienste zu seinem schon traditionellen Kirchentagsempfang für Vertreter der Kirche und der Politik ein.

Im Bremer Ratskeller (direkt neben der Statue der Bremer Stadtmusikanten) eröffnete der EAK-Bundesvorsitzende **Thomas Rachel MdB** vor den rund 400 Gästen diesen festlichen Abend. In seiner Ansprache zum Kirchentagsmotto reflektierte Thomas Rachel insbesondere das Thema ‚Verantwortung‘: „Gerade wir Christinnen und Christen spüren, dass es in der Politik überhaupt nicht möglich ist, all’ den Erwartungen, die die Menschen haben – in Bremen, in Berlin, in Deutschland – gerecht zu werden.“ Zugleich verdeutlichte Thomas Rachel ermutigend: „Wir müssen uns auf den Weg machen, um unser Ziel zu erreichen – und weil das so ist, ist es gut, dass wir uns als Christinnen und Christen in unserem Vertrauen immer wieder auf Gott werfen dürfen. Auf Gott, der uns nachgeht, der uns sucht und nicht im Stich lässt.“ Vor dem Hintergrund der weltweiten

Wirtschaftskrise bekräftigte der EAK-Bundesvorsitzende seine Hoffnung, „dass wir uns auf die tragenden Werte der Sozialen Marktwirtschaft besinnen, und dass wir sie nutzen und Freiheit und Verantwortung auch in den internationalen, globalen Rahmen übertragen und für eine Internationale Soziale Marktwirtschaft arbeiten.“

Anschließend konnte sich der EAK wieder über mehrere prominente Gastredner besonders freuen. **Prof. Dr. Karin von Welck**, die Präsidentin des 32. Deutschen Evangelischen Kirchentages, betonte einleitend den besonderen Stellenwert, den der Empfang des EAK im Kirchentagsprogramm einnimmt. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen, weltweiten Wirtschaftskrise richtete auch sie den Blick sodann auf das Thema der Verantwortung, das zum zentralen Thema der folgende Tage wurde. Karin von Welck führte unter dem Beifall der Gäste aus: „Ich hoffe sehr, dass wir von dem Kirchentag aus einen Appell an die Gesellschaft ausgeben können, dass wir mehr noch als vorher eine Verantwortungsgesellschaft werden müssen.“

Als wichtigen Schritt auf dem Weg zum 2. Ökumenischen Kirchentag im

Jahr 2010 in München würdigte **Bischof Dr. Wolfgang Huber** den 32. Deutschen Evangelischen Kirchentag. Der Ratsvorsitzende der EKD warf in seiner Ansprache zudem die Frage auf, „wie wir das Miteinander der Generationen in unserem Land neu und anders gestalten: Ich finde, Bremen ist der richtige Ort, um darüber nachzudenken.“ Weiterhin hob Wolfgang Huber hervor, „dass wir gerade in diesen Tagen allen Grund haben, deutlich zu machen, dass der interreligiöse Dialog möglich ist, dass er gelingen kann in unserem Land, dass es dafür nicht notwendig ist, zentralen Glaubensfragen auszuweichen.“ Abschließend kam auch Bischof Huber auf die wirtschaftliche Zukunft unserer Gesellschaft zu sprechen und betonte: „Wir brauchen einen langfristig anderen Umgang mit unserem Wirtschaften. Wir müssen ernst nehmen, dass der Mensch nicht um der Wirtschaft willen da ist, sondern die Wirtschaft um des Menschen willen.“

Die Grußworte beschloss der niedersächsische **Ministerpräsident Christian Wulff MdL**, der sich für die gesamte CDU darüber erfreut zeigte, „wie offen, wie herzlich das Verhältnis zur Evangelischen Kirche in Deutschland inzwischen geworden ist.“ Mit deutlichen Worten ermutigte



Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB (Foto oben links), Ingrid Fischbach MdB (Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Kirchen und Religionen), Volker Kauder MdB (Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; Foto oben rechts) und Kulturstaatsminister Bernd Neumann MdB (Foto unten links) am Informationsstand des EAK auf dem ‚Markt der Möglichkeiten‘. Unten rechts beim Kirchentagsempfang des EAK: Prof. Dr. Dr. Eckhard Nagel (Evangelischer Präsident des 2. Ökumenischen Kirchentages 2010 in München), Thomas de Maizière (Chef des Bundeskanzleramtes) und Bischof Johannes Friedrich (Ev.-Luth. Kirche in Bayern).

Christian Wulff zudem alle Christen, sich noch vernehmlicher als bisher in die Politik einzubringen: „Je mehr Christen wir haben, die engagiert und verantwortungsvoll in unserem Land leben und arbeiten, umso leichter ist es, das Land gemeinsam voranzubringen.“

Die anschließenden Gespräche dauerten in überaus herzlicher Atmosphäre bis in die späten Abendstunden. Der EAK konnte sich dabei über die Teilnahme vieler weiterer prominenter Vertreter aus der Kirche und aus der Politik freuen. So gehörten **Bischöfin Dr. Margot Käßmann** von der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover und **Bischof Johannes Friedrich** von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern ebenso zu den Gästen des EAK wie **Prälat Dr. Bernhard Felmberg**, der Bevollmächtigte des Rates der EKD. Auch **Kerstin Griese MdB**, die Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion für Kirchen und Religionsgemeinschaften, **Dr. Günter Beckstein MdL**, der stellvertretende Präses der EKD-Synode, Kanzleramtsminister **Thomas de Maizière**, **Staatsminister Hermann Gröhe MdB**, Mitglied der Synode und des Rates der EKD, und **Eckart von Klaeden MdB**, der Außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehrten

den EAK mit ihrer Teilnahme am Kirchentagsempfang.

In den folgenden Tagen war der EAK mit einem Informations- und Begegnungsstand auf dem „Markt der Möglichkeiten“ des Kirchentages vertreten. Die anwesenden EAK-Bundesvorstandsmitglieder und der EAK-Bundesgeschäftsführer **Pastor Christian Meißner** konnten auch hier mehrere Besucher aus der Bundespolitik willkommen heißen. **Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB** traf sich ebenso zum Gedankenaustausch mit dem EAK wie **Volker Kauder MdB**, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und **Ingrid Fischbach MdB**, die Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Kirchen und Religionsgemeinschaften. Die anwesenden Spitzenpolitiker der Union informierten sich über die aktuellen Vorhaben des EAK im ‚Superwahljahr 2009‘ und freuten sich über die Begegnung mit der Union, während sie den „Markt der Möglichkeiten“ erkundeten. **Staatsminister Bernd Neumann MdB** trug als Bremer Bundestagsabgeordneter auf dem 32. Deutschen Evangelischen Kirchentag ein echtes „Heimspiel“ aus und schloss mit seiner Visite die bundespolitischen Besuche am EAK-Stand ab.

Bis zum letzten Tag des „Marktes der Möglichkeiten“ besuchten viele Kirchentagsbesucher aller Altersstufen und aus ganz Deutschland den EAK. Die **Liveübertragung der Bundespräsidentenwahl** aus Berlin am Informationsstand des EAK war am 23. Mai 2009 ein besonderer Service, den viele Besucher gerne nutzten. Dass **Horst Köhler** erneut zum deutschen Staatsoberhaupt gewählt wurde, erfuhren viele Kirchentagsteilnehmer somit zuerst vom EAK. Die in den folgenden Stunden spontan und „im Vorbeigehen“ an die gesamte Union übermittelten vielen Glückwünsche nahm der EAK natürlich gerne entgegen.

Der EAK gestaltet mit seinem abendlichen Empfang und seinem Informationsstand seit einigen Jahren einen besonderen Gesprächsbeitrag im kirchlich-politischen Dialog, der auf jedem Kirchentag intensiviert wird. Deshalb freuen wir uns schon jetzt auf das kommende Jahr: Auch auf dem 2. Ökumenischen Kirchentag in München (12. – 16. Mai 2010) wird der EAK zu seinem Empfang einladen und mit einem Stand vertreten sein: Auf Wiedersehen in der bayerischen Landeshauptstadt!

46. Bundestagung des EAK der CDU/CSU: „Zukunft braucht Erfahrung“

Chancen der demographischen Entwicklung (Erfurt, 12./13. Juni 2009)

Auf seiner 46. Bundestagung befasste sich der EAK in Erfurt mit der „älter werdenden“ Gesellschaft. In der thüringischen Landeshauptstadt konnte er sich dabei wieder über besonders prominenten Besuch freuen: **Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB** und der thüringische **Ministerpräsident Dieter Althaus MdL** hielten Grundsatzreden zum Thema der Bundestagung und wurden mit starkem Beifall bedacht. Zudem wurde **Thomas Rachel MdB** erneut mit überwältigender Mehrheit als Bundesvorsitzender bestätigt.

Zur Mittagsstunde hatten sich am 12. Juni die Teilnehmer der 46. EAK-Bundestagung im Erfurter Kultur- und Kongresszentrum ‚Kaisersaal‘ versammelt. Als Thomas Rachel, die Tagung eröffnete,

waren bereits mehr als 350 Tagungsgäste aus dem gesamten Bundesgebiet eingetroffen. Darunter befanden sich über 70 Delegierte aus den verschiedenen EAK-Landesverbänden, die für die **Neuwahlen des EAK-Bundesvorstandes** angeleitet waren.

Nach einer kurzen Eröffnung gab der EAK-Bundesvorsitzende das Wort zunächst an mehrere Grußwortredner. **Prälat Dr. Bernhard Felmberg**, der Bevollmächtigte des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der EU, zitierte einleitend Psalm 92, 15: „Und wenn sie auch alt werden, werden sie dennoch blühen, fruchtbar und frisch sein.“ Bernhard Felmberg betonte: „Viele Ältere wollen zunehmend auch über ihr Berufsleben hinaus gebraucht werden. Die Gesellschaft braucht sie und ihre im Laufe des

Lebens erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten auch immer dringender.“ Zudem wies er auf die beispielhaften kirchlichen Erfahrungswerte in der gesellschaftlichen Integration alter und älterer Menschen hin. Grußworte sprachen zudem **Marion Walsmann MdL**, die thüringische Justizministerin und Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Erfurt, sowie **Professor Dr. Jens Goebel MdL**, Kultusminister a. D. und thüringischer EAK-Landesvorsitzender.

Anschließend ergriff Thomas Rachel für seinen Bericht als Bundesvorsitzender das Wort. Er hob zunächst die besondere Bedeutung des 20. Jahrestages des Berliner Mauerfalls vom 9. November 1989 hervor. „Heute, hier im Herzen Thüringens, spüren wir alle in ganz besonderer Weise, welch' ein Wunder Deutschland



Herzlichen Dank, Frau Bundeskanzlerin! Der EAK-Bundesvorsitzende Thomas Rachel MdB verabschiedet Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB nach ihrer Rede zum demographischen Wandel.

vor 20 Jahren zuteil geworden ist“, betonte Rachel und wandte sich mit entschiedenen Worten gegen jegliche nostalgische Verklärung der DDR. Vor dem Hintergrund der Debatte um die DDR und ihren Charakter als Unrechtsstaat führte Rachel aus: „Der Begriff ‚Unrechtsstaat‘ besagt, dass diejenigen, die sich in der DDR das Recht zur Gesetzgebung angemaßt haben, dieses Recht nicht hatten, weil sie nicht durch freie Wahlen legitimiert waren – und deshalb war die DDR selbstverständlich ein Unrechtsstaat.“

Zudem betonte der EAK-Bundesvorsitzende die fundamentale Bedeutung des christlichen Menschenbildes für verantwortungsvolle Politik. Dies zeige sich aktuell in vielen politischen Diskussionen: In der Debatte um eine gesetzliche Regelung der Spätabtreibungen ebenso wie in der Frage nach einem Weg aus der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise oder der Aufnahme irakischer Christen in Deutschland. Abschließend verlieh Thomas Rachel seiner Hoffnung auf eine „Kultur der Achtsamkeit“ Ausdruck, „in der niemand verloren geht.“ Der EAK werde sich auch zukünftig für eine solche Kultur der gelebten christlichen Nächstenliebe einsetzen.

Die ermutigende Rede von Thomas Rachel wurde mit langem Applaus gewürdigt. Der starke Rückhalt des Bundesvorsitzenden im gesamten EAK zeigte sich auch deutlich bei der anschließenden Neuwahl des EAK-Bundesvorstandes. Mit dem herausragenden Ergebnis von 98,68 Prozent wurde Thomas Rachel für weitere zwei Jahre in seinem Amt bestätigt. 75 Ja- und eine Nein-Stimme wurden für Thomas Rachel abgegeben. Dieser konnte sich damit über sein bestes Wahlergebnis in seiner gesamten Amtszeit als Bundesvorsitzender freuen.

Die Neuwahl des EAK-Bundesvorstandes brachte allen zur Wahl angetretenen Kandidatinnen und Kandidaten hervorragende Wahlergebnisse. Zu stellvertretenden EAK-Bundesvorsitzenden wurden gewählt: **Christine Lieberknecht MdL** (Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit des Freistaates Thüringen), **Dr. Ingo Friedrich** (Ehrenmitglied des Europäischen Parlaments und stellvertretender Vorsitzender der CSU Bayerns), **Dieter Hackler** (Leiter der Abteilung ‚Ältere Menschen‘ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), **Norbert Kartmann MdL** (Präsident des hessischen Landtages) und **Hans-Michael Bender** (Rechtsanwalt).



Blickt optimistisch in die Zukunft Deutschlands und Thüringens: Ministerpräsident Dieter Althaus MdL.

Der gesamte EAK-Bundesvorstand hat beste Voraussetzungen, auch zukünftig in wirkungsvoller Weise an den ‚Brücken zwischen Politik und Kirche‘ weiterzubauen. Die bewährten Bundesvorstandsmitglieder freuen sich dabei auf die Zusammenarbeit mit drei neu gewählten Mitgliedern ihres Gremiums: **Melanie Liebscher** (EAK Berlin-Brandenburg), **Dr. Michael Feist** (EAK Sachsen) und **Jost de Jager** (EAK Schleswig-

Holstein) gehören nunmehr dem EAK-Bundesvorstand an und werden seine Arbeit verstärken.

Verabschiedet wurden in Erfurt zwei verdiente Bundesvorstandsmitglieder: **Hans Bleckmann** und **Stefan Daxsel** kandidierten nicht erneut. Thomas Rachel dankte den beiden ehemaligen Vorstandsmitgliedern sehr herzlich für ihr langjähriges und tatkräftiges Engagement, und beide betonten, dass sie dem EAK auch weiterhin herzlich verbunden bleiben werden.

Die folgende Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB war der Höhepunkt des ersten Tages der 46. EAK-Bundestagung. Die Parteivorsitzende der CDU Deutschlands freute sich sichtlich, wieder beim EAK zu Gast zu sein. Mit Blick auf das Jahr 1989 und die Solidarnosc in Polen erinnerte Angela Merkel daran, „dass auch eine kommunistische Diktatur über Jahrzehnte es nicht vermocht hat, den Menschen den Willen und den Wunsch nach Freiheit auszutreiben. Die Freiheit ist in den Herzen und Köpfen der Menschen erhalten geblieben – und das war der Grundstock der friedlichen

Pressemitteilung vom 22.05.2009

Meilenstein und Wegweiser – 60 Jahre Grundgesetz

Anlässlich des morgigen 60. Jahrestages der Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB:

„Wir feiern eine der besten Verfassungen der Welt und die beste, die wir in Deutschland jemals hatten. Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz vom Parlamentarischen Rat unter dem Vorsitz Konrad Adenauers verkündet. Durch das Grundgesetz wurden in unserem Land eine neue politische Kultur und eine Grundordnung in freiheitlich-demokratischem Geiste verwirklicht. Dies war die Geburtsstunde der Bundesrepublik Deutschland.

Im Bewusstsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen haben die Gründungsmütter und Gründungsväter der Bundesrepublik Deutschland der Katastrophe der nationalsozialistischen Barbarei die segensreichen Worte von der Unantastbarkeit der Menschenwürde entgegengestellt. Diese fundamentale Einsicht ist in Artikel 1 des Grundgesetzes verewigt worden. Sie ist zudem ein Kerngedanke christlicher Ethik. Aus der Würde des Menschen erwächst sein Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit und zugleich die Verantwortung gegenüber dem Nächsten.

Das Grundgesetz hat sich auch in schwierigen Zeiten bewährt und unserem Land dauerhafte Stabilität ermöglicht. Es wird uns auch im globalisierten Zeitalter ein unverzichtbarer Wegweiser sein. Unsere Demokratie braucht Bürgerinnen und Bürger, die sich einmischen, sich engagieren und Verantwortung übernehmen. Das Grundgesetz gibt uns die Freiheit, uns für eine menschliche Gesellschaft einzusetzen. Nutzen wir diese Freiheit. Jeden Tag aufs Neue!“



Verdeutlichte die hohen Chancen der demographischen Entwicklung: Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB

Revolution in der früheren DDR und den gesamten osteuropäischen Staaten.“ Auch Angela Merkel betonte, dass die DDR ein Unrechtsstaat war – und dies zeige, „dass Freiheit ein Gut ist, das nicht selbstverständlich ist, sondern das immer wieder erarbeitet und erworben werden muss.“

Hinsichtlich des demographischen Wandels führte Angela Merkel aus, die Perspektive jedes Einzelnen dürfe nicht nur auf das eigene Alter beschränkt bleiben. Solidarität und die volle gesellschaftliche Teilhabe seien zukünftig in unserer ‚älter werdenden‘ Gesellschaft mehr denn je gefragt. Die Generationengerechtigkeit sei der entscheidende Maßstab für den politischen Einfluss auf den demographischen Wandel. Insbesondere könne es sich Deutschland schon jetzt nicht mehr leisten, ältere Menschen vom Arbeitsmarkt zu verdrängen. Grundsätzlich könne eine Gesellschaft nur dann als wirklich menschlich bezeichnet werden, wenn sie „von der Geburt bis zum Sterben alle Phasen des Lebens im Blickpunkt hat.“ – Der Applaus der mehr als 350 Saalgäste hielt lange an, und Thomas Rachel dankte der Bundeskanzlerin herzlich für ihre ermutigenden Worte. Begleitet vom starken Beifall verabschiedete sich Angela Merkel sodann von der 46. EAK-Bundestagung, um nach Berlin zurückzukehren.

Das Theologische Abendgespräch der 46. EAK-Bundestagung widmete sich

der Teilhabe und der Würde der älteren Generation. Christine Lieberknecht MdL, die thüringische Landesfamilienministerin und stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende, warf in ihrer Anmoderation die Frage auf, ob die volle Teilhabe alter und älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben wirklich gesichert sei. Dazu äußerten sich in Erfurt Prof. Dr. Ursula Lehr, Bundesministerin a. D. und eine der bedeutendsten deutschen Altersforscherinnen, Dr. Hans Mikosch, der Propst der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, und Dr. Bernhard Worms, der Präsident der Europäischen Senioren Union.

„Eure Alten sollen Träume haben“: Dieser verheißungsvolle Vers aus dem Buch

des Propheten Joel stand im Mittelpunkt der Ansprache von Hans Mikosch. Der Propst sprach mit einem Blick in die Zukunft und mit einem biblischen Wort von der Hoffnung auf Menschen jeden Alters, „die ‚ausziehen‘ aus einer Konkurrenz- und Leistungsgesellschaft in eine Kultur der Mitmenschlichkeit.“ Aus der kirchlichen Perspektive verdeutlichte Hans Mikosch zusammenfassend: „Der Gewinn des Alters als Ressource besteht in der Übernahme von und in der Übergabe an Verantwortung, in der Teilhabe an der Lebens-, Vertrauens- und Glaubenserfahrung derer, die länger auf dieser Erde sind.“

Ursula Lehr betonte in ihrer Rede einleitend, es komme nicht nur darauf



Setzte mit seiner brillanten Rede den Schlusspunkt der 46. EAK-Bundestagung: Prof. Dr. Andreas Kruse.



Ministerpräsident Dieter Althaus MdL wird vom EAK-Bundesvorsitzenden Thomas Rachel MdB begrüßt.

an, „dem Leben Jahre zu geben, sondern auch den Jahren Leben zu geben.“ Erforderlich sei es, heutzutage klar und deutlich ‚Ja‘ zum zunehmenden Alter zu sagen. Das Verhältnis der verschiedenen Generationen zueinander fasste Ursula Lehr in dem Wort zusammen: „Die Jüngeren rennen zwar schneller, aber die Älteren kennen die Abkürzung.“

Einen programmatischen Anspruch formulierte Bernhard Worms: „Mitarbeiten, mitgestalten und mitverantworten ist die Forderung an jeden von uns, gleichgültig wie alt er ist.“ Mit Blick auf ein neues gesellschaftliches Miteinander verdeutlichte der Präsident der Europäischen Senioren Union, die Gesellschaft müsse

endlich wieder zu einer wahrnehmbaren Nächstenliebe zurückfinden.

In der folgenden Podiumsdiskussion, die von Christine Lieberknecht moderiert wurde, verdeutlichte sich, dass uns die Altersentwicklung unserer Gesellschaft vor hohe Herausforderungen stellt. Gleichwohl zeigten sich alle Referenten zuversichtlich, dass es gemeinsam gelingen wird, eine Gesellschaft zu verwirklichen, in der die volle Teilhabe aller Generationen gewährleistet ist.

Anschließend an das Theologische Abendgespräch folgten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 46. EAK-Bundestagung der Einladung der CDU-Fraktion

des thüringischen Landtages zum abendlichen Empfang im ‚Kaisersaal‘. **Mike Mohring MdL**, der Fraktionsvorsitzende, erinnerte in seinem Grußwort zunächst an die Bedeutung des Tagungsortes für das Leben Martin Luthers: Der große Reformator studierte in Erfurt und traf hier auch den Entschluss, ins Kloster zu gehen. Zudem erinnerte er an den 20. Jahrestag der friedlichen Revolution von 1989: Diese sei ohne die Tatkraft und den Mut insbesondere der evangelischen Christen in der DDR nicht denkbar gewesen. Zum zentralen Thema der EAK-Bundestagung führte er aus: „Wir sind als CDU auch die ‚Partei der Generationen‘, weil wir wissen, dass dieser Brückenschlag der Generationen, der Jungen und der Alten gemeinsam, am Ende das Herzstück ist, das gute christlich-demokratische Politik auszeichnet.“ Der freundliche Willkommensgruß von Mike Mohring eröffnete einen Abend in überaus herzlicher Atmosphäre. Der Gedankenaustausch über die vorangegangenen Stunden und die vielen Gespräche zwischen neuen und alten Bekannten dauerten bei Brezeln, Bier und gutem Wein bis nach Mitternacht.

Der folgende Samstag begann zu früher Stunde an historischer Stätte: In der Kirche des Erfurter Augustinerklosters hat Martin Luther am 2. Mai 1507 seine erste Messe als Priester gelesen. In dieser für die evangelischen Christen so bedeutenden Kirche wurde deshalb der



Diskutierten über Teilhabe und Würde der älteren Generation: Dr. Bernhard Worms, Bundesministerin a. D. Prof. Dr. Ursula Lehr, Christine Lieberknecht MdL und Propst Dr. Hans Mikosch (v. l. n. r.) beim Theologischen Abendgespräch.

Gottesdienst der 46. EAK-Bundestagung gefeiert. Pfarrer Martin Lieberknecht stimmte den EAK mit einer feierlichen Predigt und in besinnlicher Atmosphäre auf die folgenden Stunden ein, in denen sich die Gäste erneut auf besonders prominente Referenten aus der Welt der Politik und der Wissenschaft freuen konnten.

Zunächst traf der thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus MdL im ‚Kaisersaal‘ ein, wo er vom EAK-Bundesvorsitzenden Thomas Rachel und den anwesenden Gästen mit herzlichen Worten und viel Beifall empfangen wurde. In seiner anschließenden Rede betonte Dieter Althaus rückblickend zunächst, „dass

wir alle miteinander dankbar sind, dass wir den Unrechtsstaat DDR hinter uns haben und jetzt Freiheit und Demokratie gemeinsam gestalten können.“ Zu den bevorstehenden demographischen Herausforderungen insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern hob er hervor, das Zentrum unserer Gesellschaft sei und bleibe die Familie. Dabei betonte Dieter Althaus den wegweisenden Anspruch der CDU: „Wir sind die Familienpartei, und wir müssen Familienpolitik machen, weil das die Grundlage einer freiheitlichen Gesellschaft prägt und auch die Grundlage einer sich verändernden Gesellschaft erhält.“ Weitere Garanten für die erfolgreiche Gestaltung des demographischen Wandels seien eine

mittelständisch geprägte Wirtschaft, die an die veränderten Bedürfnisse unserer Zeit angepasst werden müsse, sowie die Stärkung des gesellschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements insbesondere im ländlichen Raum und ein neues Bildungsangebot in der Erwachsenenbildung. – Dieter Althaus hinterließ wenige Wochen vor den thüringischen Landtagswahlen auf der Bundestagung des EAK einen rundum optimistischen Eindruck und wurde anschließend mit vielen guten Wünschen für die entscheidende Wahlkampfphase herzlich verabschiedet.

Den Schlusspunkt der 46. EAK-Bundestagung setzte Prof. Dr. Andreas Kruse von der Ruprecht-Karls-Universität



Der neugewählte EAK-Bundesvorstand: Hintere Reihe v. l. n. r.: **Dr. Michael Feist** (Ministerialrat im Ministerium des Innern des Freistaates Sachsen), **Melanie Liebscher** (Persönliche Referentin der Parteivorsitzenden der CDU Deutschlands), **Norbert Kartmann MdL** (Präsident des Landtags von Hessen), **Hans-Michael Bender** (Landesvorsitzender des EAK Baden-Württembergs), **Ilse Falk MdB** (Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), **Karen Koop MdHB** (CDU-Fraktion der hamburgischen Bürgerschaft), **Dr. Michael Franz** (Ministerialrat in der saarländischen Landesverwaltung), **Prof. Dr. Wolfgang Merbach** (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg), **Apostolos Milionis** (Stellvertretender Abteilungsleiter bei der Staatsanwaltschaft Baden-Württemberg), **Jost de Jager** (Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr von Schleswig-Holstein), **Silke Gorißen** (Kreisvorsitzende der CDU Bedburg-Hau), **Hans-Jürgen Hopf** (Diakon der Ev.-Luth. Kirche in Bayern); kniend davor (mittlere Reihe): **Alexander Krauß MdL** (CDU-Fraktion im sächsischen Landtag), **Renate Holznagel MdL** (1. Vizepräsidentin des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern); vordere Reihe v. l. n. r.: **Christian Meißner** (EAK-Bundesgeschäftsführer), **Dieter Hackler** (Leiter der Abteilung ‚Ältere Menschen‘ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), **Friedemann Schwarzmeier** (Oberkirchenrat i. R. und Bürgermeister a. D.), **Christine Lieberknecht MdL** (Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit des Freistaates Thüringen), EAK-Bundesvorsitzender **Thomas Rachel MdB** (Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung), **Dr. Ingo Friedrich** (Vorsitzender des EAK Bayerns und stellvertretender Vorsitzender der CSU), **Dorlies Zielsdorf** (Referentin für Grundsatzarbeit, Wissenschaft, Kunst und Medien der CDU-Fraktion im thüringischen Landtag), **Hans Bookmeyer** (Pastor), **Tobias Utter MdL** (CDU-Fraktion im hessischen Landtag).

Heidelberg mit einem brillanten medizinischen und kulturgeschichtlichen Vortrag. Andreas Kruse, ausgewiesener Experte der Altersforschung und einer der bedeutendsten Schüler von Prof. Dr. Ursula Lehr, sprach sich mit dem Hinweis auf mehrere historische Zeitzeugen dafür aus, endlich das volle Potential der Kreativität des fortgeschrittenen Alters anzuerkennen und gesellschaftlich zu nutzen. „Mein Plädoyer ist, dass wir als Christen in einer besonderen Weise befähigt sind, ein Menschenbild und ein Personenbild zu entwickeln, in dem auch solche Grenzsituationen wie die der Demenz Platz haben und als ein natürlicher Teil unseres Lebens begriffen werden“, betonte der Mediziner einleitend.

Was folgte, war eine herrliche Reise voller reicher Bilder und poetischer Worte, welche die Zuhörer zunächst in die Zeit Johann Sebastian Bachs führte. Mit dem Blick auf die letzten Lebensjahre und die damit verbundene Schaffensphase würdigte Andreas Kruse die Messe in h-Moll und mehrere große Fugenkompositionen Johann Sebastian Bachs als den grandiosen Versuch, die göttliche Schöpfung in die Musik zu übertragen. Trotz seiner zunehmend siechen physischen Verfassung habe Bach gerade in der letzten Lebensphase mit seiner (unvollendeten) XIV. Fuge eine großartige, epochale kompositorische Leistung vollbracht, in der er sich mittels seiner Musik Gott genähert habe. Andreas Kruse nutzte seinen Vortrag sogar für eine gleichsam theologische Frage an die Bach'sche Biographie: Hat Johann Sebastian Bach diese legendäre Fuge bewusst unvollendet gelassen, um zu verdeutlichen, dass das menschliche Leben im Gegensatz zur vollkommenen göttlichen Schöpfung nur ein Fragment ist? – Der Heidelberger Professor fesselte seine sichtlich beeindruckten Zuhörer weiterhin mit Zitaten aus der Biographie des englischen Schriftstellers und Theologen John Donne (* 1572, † 1631), Martin Luthers, Christian Morgensterns und Sören Kierkegaards. Er bereitete den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Bundestagung damit in der abschließenden Stunde einen ganz besonderen Genuss: Immer wieder gab es langen Beifall für die hervorragenden Ausführungen von Andreas Kruse.

Die 46. EAK-Bundestagung hat sich mit einem komplexen Thema befasst. Deutlich wurde, dass die ‚älter werdende‘ Gesellschaft hohe Chancen für ein neues gesellschaftliches Miteinander und die volle Verwirklichung der angestrebten Generationengerechtigkeit birgt. Die vielen verschiedenen Reden und Gedanken,

die in Erfurt vorgetragen wurden, haben den EAK ermutigt, sich weiterhin für eine altersgerechte Gesellschaft einzusetzen. Den Heimweg traten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Erfurter Tagung beflügelt durch das abschließende Wort von Andreas Kruse an: „Mit einer Vision gehen wir immer weiter nach vorne. Es gab die Vision der Demokratie vor 20 Jahren:

Diese Vision hat die Menschen gezogen, immer mehr gezogen. Und diese Vision entwickeln wir in Bezug auf ein anderes Altern – und wenn wir sie einmal entwickelt und gesellschaftlich kommuniziert haben, dann zieht sie uns, um mit den Potentialen des Alters wie auch mit den Grenzsituationen des Alters anders umzugehen.“

Bildmaterial zur 46. EAK-Bundestagung

Das Video von CDU-TV zur 46. EAK-Bundestagung steht im Internet kostenfrei unter dem Link <http://www.youtube.com/watch?v=q837gcIkFJ8> zur Verfügung. Hier finden Sie u.a. ein ausführliches Statement von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB zur Bedeutung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU für die Union.

Eine DVD mit allen vollständigen **Grußworten und Reden** des ersten und des zweiten Veranstaltungstages sowie dem kompletten **Theologischen Abendgespräch** können Sie ab sofort zum Preis von 5 Euro in der **EAK-Bundesgeschäftsstelle** (Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin) oder per E-Mail unter eak@cdtu.de bestellen.

Pressemitteilung vom 23.05.2009

EAK gratuliert Bundespräsident Horst Köhler zur Wiederwahl

Anlässlich der Wiederwahl Horst Köhlers in das Amt des Bundespräsidenten erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB:

„Mit den herzlichsten Glückwünschen gratuliert der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU Bundespräsident Horst Köhler zu seiner Wiederwahl zum deutschen Staatsoberhaupt.

Als bekennender Christ hat sich Horst Köhler in den vergangenen fünf Jahren als ein ebenso entschlossener wie stets auf Ausgleich bedachter Bundespräsident erwiesen. Immer wieder hat er sich mit festen Grundüberzeugungen in aktuelle politische Diskussionen eingebracht und für die notwendige Veränderungsbereitschaft in der Bevölkerung geworben. Dafür gebührt ihm der Dank aller Verantwortungsträger unseres Landes – ob in der Politik, in der Wirtschaft, in den Kirchen oder in den vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen. Er war und ist überdies ein Politiker, der für die Interessen und Überzeugungen aller Deutschen einsteht.

Horst Köhler hat es vortrefflich verstanden, das Ansehen unseres Landes im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts auf der ganzen Welt zu mehren und zu stärken. Bundespräsident Köhler ist eine herausragende politische Persönlichkeit, die sich um unser Land verdient gemacht hat. Deshalb ist seine Wiederwahl ein Grund zur Freude für ganz Deutschland. Für die Erfüllung aller anstehenden Aufgaben wünschen wir ihm viel Kraft, guten Erfolg und Gottes reichen Segen.“

| Der Bundesvorsitzende

„Der demographische Wandel als Herausforderung und Chance“

Resolution zur 46. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK)
„Zukunft braucht Erfahrung – Chancen der demographischen Entwicklung“

Die Lebenserwartung der Menschen steigt stetig an. Das ist eine gute Nachricht. Gleichzeitig werden aber immer weniger Kinder geboren. Wir sind aufgerufen, in christlicher Verantwortung den Herausforderungen des demographischen Wandels zu begegnen. Eine verantwortliche und verantwortungsvolle Politik zeichnet sich dadurch aus, dass sie den demographischen Wandel nicht nur beobachtet und analysiert, sondern vor allem dadurch, dass sie solche Veränderungen in ihre Vorhaben, in ihre Entscheidungen einbezieht. Gerade die positive Seite des Wandels, die steigende Lebenserwartung, ist es, die uns hierfür Chancen eröffnet. Alter ist als Gewinn zu begreifen.

Der EAK der CDU/CSU tritt sehr bewusst dafür ein, die Chancen des demographischen Wandels zu ergreifen. Dazu gehört es, das Geschenk des längeren Lebens anzunehmen und all denen entgegenzutreten, die das längere Leben in unserer Gesellschaft als Last und Belastung sehen. Nach dem christlichen Menschenbild akzeptieren wir keine Abstufung des Wertes eines Menschenlebens – weder nach Lebensleistung noch nach Lebensalter.

Wir freuen uns über die gewonnenen Lebensjahre der älteren Menschen, die unserer Gesellschaft insgesamt und den Familien zugute kommen. Alter ist vielfältig, facettenreich und bunt. Die älteren Menschen verfügen über Erfahrungen, Kompetenzen und Potentiale, die es für das Miteinander in unserer Gesellschaft zu nutzen gilt. Sie sind vielfach die Säulen des Generationenzusammenhalts, Garanten für den sozialen Zusammenhalt. Sie übernehmen Aufgaben in der Enkelkinderbetreuung, in der Pflege der Angehörigen, in den Kirchen, Parteien und Vereinen. Uns geht es daher darum, älteren Menschen in der Gesellschaft Partizipationsmöglichkeiten zu geben und Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter gelingen kann. Dafür muss auch der erforderliche Hilfebedarf zur Verfügung zu gestellt werden.

Anforderungen veränderter Bevölkerungsstrukturen an die Gesellschaft

Seit vielen Jahren wird die Debatte über die Auswirkungen des demographischen Wandels kontrovers geführt. Dennoch existiert über alle fach- und gesellschaftspolitischen Diskussionen hinweg ein Punkt der Einigkeit: Die Bevölkerungsstruktur in Deutschland (wie auch in Europa) wird sich ändern.

Seit mehr als 15 Jahren liegt die Geburtenrate bei nur 1,4 Kindern. Gleichzeitig werden die Menschen immer älter. Sie leben gesünder und länger. Die mittlere Lebenserwartung der Menschen hat sich im letzten Jahrhundert um etwa 30 Jahre

erhöht. Auf der Grundlage dieser Zahlen können wir schon heute sehen, wie sich unter bestimmten Annahmen die Zusammensetzung der Bevölkerung entwickelt. Daneben hängt die demographische Entwicklung einer Bevölkerung auch von Wanderungsbewegungen ab.

Der Rückgang der Bevölkerungsgröße und die Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung haben damit Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum, Steueraufkommen und Arbeitsproduktivität, auf Innovationsfähigkeit und die Balance zwischen den Generationen.

Dieser Befund lässt keinen Zweifel daran, dass zentrale Fragen unserer Gesellschaft in diesem Jahrhundert sein werden und auch sein müssen:

- Wie wollen wir künftig miteinander leben?
- Was sind unsere Kinder und Enkelkinder in der Lage an gesellschaftlicher Last zu tragen?
- Wie ist eine Gesellschaft, deren Struktur sich schnell verändert, zu gestalten?

Im Gebot „Du sollst Vater und Mutter ehren“ steckt zugleich auch ein Auftrag zur Gesellschaftsgestaltung im lebendigen Miteinander. Gemeinsam können wir unsere Gesellschaft tragfähig für alle Generationen gestalten. Das Alter auch als aktive, produktive und innovative Lebensphase zu entdecken, hilft uns dabei, diesen Fragen zu begegnen.

Chancen und Herausforderungen des Arbeitsmarktes

Eine Gesellschaft im demographischen Wandel wird oft gleichgesetzt mit Problemen der Zukunftssicherung. Dies wird meist damit begründet, dass ältere Menschen nicht mehr produktiv seien. Die absehbare Verschiebung der Altersstruktur wäre demnach zwangsläufig mit einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktivität verbunden. Eindeutige Belege für diese Zwangsläufigkeit existieren derzeit aber nicht.

Zwar sinkt mit zunehmendem Alter die physische Leistungsfähigkeit, diese tritt aber in einer zunehmend wissensbasierten Wirtschaft immer mehr in den Hintergrund. In der Wissensgesellschaft gewinnen Fähigkeiten wie Erfahrungswissen, Organisationsfähigkeit u. a. zunehmend an Bedeutung. Gerade diese Fähigkeiten nehmen mit dem Alter zu. Im Ergebnis sind also ältere Menschen nicht unproduktiv, sondern ihre Fähigkeiten verlagern sich in andere Bereiche als bei jungen Beschäftigten. Die Veränderung der Bevölkerungsstruktur ist also auch Möglichkeit, die unterschiedlichen Fähigkeiten der Menschen besser zu nutzen.

Aufgabe der Zukunft ist es, innerhalb der Arbeitsmarktpolitik Maßnahmen zu schaffen, die eine weit reichende Arbeitsmarktbeteiligung gerade älterer Menschen ermöglichen und sicherstellen. Dazu gehören nicht nur die Anpassung und Ausgestaltung von Arbeitsplatzbedingungen für die ältere Generation sondern auch die Ausnutzung der dort vorhandenen Potentiale zur Sicherstellung von Wachstum und Wohlstand der Gesellschaft.

Der Anteil der älteren Erwerbspersonen wird künftig steigen. In Deutschland werden schon in zehn Jahren die 40- bis 50-Jährigen in den Unternehmen die größte Altersgruppe stellen. Gleichzeitig wird die Zahl der Frauen und Männer unter 65 Jahren abnehmen. Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht müssen die Voraussetzungen für längere und unterbrechungsfreie Erwerbstätigkeit bei hoher Erwerbsbeteiligung geschaffen werden. Dafür bedarf es geeigneter Rahmenbedingungen. Die Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze im Sinne von Arbeitszeit, Belastung und Arbeitsschutz bilden insoweit wichtige Handlungsfelder.

Umfassende und an die Anforderungen des Arbeitsmarktes angepasste Qualifikationen sind neben Gesundheit Voraussetzungen für hohe und lange Erwerbsbeteiligung. Die Qualifikation der Mitarbeiter ist Kernbestandteil zur Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit. Die Erstausbildung bietet daher lediglich einen Grundstock, der durch betriebliche und überbetriebliche Formen der Weiterqualifizierung ausgebaut werden muss, um die stetige Weiterentwicklung der Erwerbstätigen sicherzustellen. Zusätzlich können auch weitere Formen des Wissenserwerbs die Weiterbildung und Qualifikation unterstützen.

Wirtschaftspolitische Chancen

Durch die zunehmende Zahl älterer Menschen wächst auch ihre wirtschaftliche Bedeutung. Das hat auch Auswirkungen auf die Nachfragestruktur der Bevölkerung. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt, dass zurzeit schon ein Drittel der Konsumausgaben in Deutschland von über 60-Jährigen getätigt wird. Damit verändern sich die Anforderungen an das Güter- und Dienstleistungsangebot. Die Schaffung von Produkten und Dienstleistungen für ältere Menschen eröffnet große Marktchancen. Sie zu erkennen und zu füllen bietet die Chance auf einen neuen Wachstumsmarkt mit positiven Effekten auf den Arbeitsmarkt und die Lebensqualität älterer Menschen.

Eine alternde Gesellschaft braucht auch neue Produkte, nicht nur im Gesundheitsbereich. Dies gilt sowohl für Fahrzeuge als auch für die Informations- und Kommunikationstechnologien, die besser an die Bedürfnisse der Seniorinnen und Senioren angepasst werden. Sie bieten für ältere Menschen die Chance für neue Dienstleistungen zur Unterstützung und Hilfe im Alltag. Videotelefone, Spracherkennungsprogramme, Notfall- und Hilfsdienste ermöglichen länger, ein unabhängiges Leben zu führen. Darüber hinaus werden mit zunehmender Gesundheit der Seniorinnen und Senioren die Ausgaben für Freizeit, Reisen, Kultur und Unterhaltung wachsen und zu einer Veränderung der Präferenzen und Konsumgewohnheiten auf den Märkten beitragen.

Für die Zukunftsgestaltung ist es daher unumgänglich, die Wirtschaft für die Chancen dieses Trends zu sensibilisieren, Impulse für die Entwicklung von innovativen Produkten und Dienstleistungen zu geben und ältere Menschen in ihrer Rolle als Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken.

Sozialpolitische Herausforderungen

Die absehbare Veränderung der Bevölkerungsstruktur stellt die sozialen Sicherungssysteme vor große Herausforderungen. Sowohl die Gesetzliche Rentenversicherung als auch die Gesetzliche Krankenversicherung basieren auf dem Generationenvertrag. Durch den Geburtenrückgang und die längere Lebenserwartung ist dieses zunehmend ins Wanken geraten. Maßnahmen zur Weiterentwicklung der fiskalischen und leistungsrechtlichen Ausgestaltung der Systeme sind unumgänglich und dominieren die derzeitigen Diskussionen. Darüber hinaus existieren aber noch weitere Handlungsfelder, die Bemühungen um die Tragfähigkeit der Lösungsalternativen unterstützen oder gar erst ermöglichen. Die oben diskutierte, längere Teilhabe der Menschen am Arbeitsprozess ist dabei ein Element.

Durch den Ausbau der Infrastruktur und die Schaffung von entsprechenden Angeboten kann zusätzlich erreicht werden, dass Menschen möglichst lange ein selbständiges und aktives Leben führen. Hierzu gehören Hilfen zur eigenständigen Lebensführung in der eigenen Wohnung und hauswirtschaftlicher Unterstützung ebenso wie die Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben durch entsprechende Angebote aber auch die Unterstützung von Mobilität.

Auf die Potentiale der älteren Menschen setzen

Wenn wir die demographischen Herausforderungen der Zukunft bewältigen wollen, brauchen wir die älteren Menschen. Viele verfügen über ein großes Maß an Erfahrungen, Kreativität und Innovationskraft. Häufig haben sie die Zeit und Bereitschaft, diese Potenziale für sich und für andere einzusetzen.

Die meisten Bürgerinnen und Bürger im fortgeschrittenen Alter wollen sich auch keineswegs aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben zurückziehen. Sie möchten sich mit dem ganzen Schatz ihrer sozialen, kulturellen und beruflichen Lebenserfahrung einbringen, mit ihrer Bildung und ihrem Wissen aktiv bleiben. Mit der Initiative „Alter schafft Neues“ greift das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Chancen einer älter werdenden Gesellschaft auf und schafft Rahmenbedingungen, die mehr Beteiligung älterer Menschen in unserer Gesellschaft und in der Wirtschaft ermöglichen.

Die Gesellschaft im Wandel aktiv gestalten

Die demographische Entwicklung unserer Gesellschaft ist nicht aufzuhalten. Sie stellt uns vor Herausforderungen. Sie bietet aber auch viele Chancen zur Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. Dazu brauchen wir weiterhin eine aktive Familienpolitik, die den Wunsch der Eltern, Kinder zu haben, aufgreift und unterstützt. Es geht um eine Familienpolitik, die gerade auch das Ja zu Mehrkinderfamilien fördert.

Ältere Menschen sind ein Reichtum für unsere Gesellschaft. Sie haben Kompetenzen und Potentiale, die unsere Gesellschaft braucht für ein besseres Miteinander der Generationen, für wirtschaftliches Wachstum und für Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt.

Resolution des EAK-Bundesvorstandes
vom 12.06.2009

„20 Jahre Fall der Berliner Mauer – Erinnerung und Ausblick“

Resolution zur 46. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK)
„Zukunft braucht Erfahrung – Chancen der Demographischen Entwicklung“

Mit großer Freude und in tiefer Dankbarkeit erinnert der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) an den Fall der Berliner Mauer vor 20 Jahren. Am 9. November 1989 barst der zuvor undurchdringlich scheinende Beton im Herzen Berlins. An einem historischen Tag von weltweiter Bedeutung reichten zahllose Menschen aus dem Osten und aus dem Westen Berlins und ganz Deutschlands einander unter Freudentränen die Hand. Die durch die Bürgerinnen und Bürger der DDR erkämpfte Öffnung der innerdeutschen Grenze wurde zur entscheidenden Voraussetzung der schon im folgenden Jahr vollzogenen staatlichen Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990.

Dieses unvergessliche historische Ereignis ist ein wichtiger Anlass zur Besinnung und Rückschau für alle Deutschen. In den Wochen vor dem 9. November 1989 hatten die Bürgerinnen und Bürger das über Jahrzehnte hinweg Undenkbare gewagt und den uneingeschränkten Machtanspruch der SED offen in Frage gestellt. Den Boden für die friedliche Revolution hatte eine Bürgerbewegung bereitet, die über die Jahre an Breite und Tiefe gewonnen und oft in evangelischen Kirchen ein bergendes Dach gefunden hatte. Nun gingen die Menschen aus den Kirchen auf die Straßen und holten sich unter der Parole „Wir sind das Volk“ die Souveränität zurück. Sie überwandern ihre Angst und drängten die Machthaber durch friedliche Demonstrationen zurück. Die Demonstration in Leipzig am 9. Oktober 1989, an der nach einem Friedensgebet in der Nikolaikirche 70 000 Menschen teilnahmen, hat sich dem kollektiven Gedächtnis unserer Nation ebenfalls eingepägt.

Der Sehnsucht nach Freiheit, Demokratie und Recht hatte die SED am Ende nichts mehr entgegenzusetzen, was die Menschen noch hätte überzeugen können. In den folgenden Monaten zeigte sich, dass die Bürgerinnen und Bürger der DDR in ihrer großen Mehrheit einen demokratischen Verfassungsstaat nach dem Muster der Bundesrepublik Deutschland, eine pluralistische Gesellschaft und die Soziale Marktwirtschaft anstrebten. Das Ergebnis der Volkskammerwahlen am 18. März 1990 besiegelte diese Richtungsentscheidung. Dem ersten in der DDR in freien Wahlen gewählten Parlament stellten Bürgerinnen und Bürger die Aufgabe, den Übergang in das wiedervereinigte Deutschland zu organisieren. Durch die Neugründung der Länder brachen sie schließlich mit dem Zentralismus und kehrten in die föderalen Traditionen Deutschlands zurück.

Der historische Rückblick auf die friedliche Revolution und die ersten freien Wahlen vom 18. März 1990 mahnen uns, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist und gepflegt werden muss.

Die Mauer trennte beinahe drei Jahrzehnte lang unser Land – Familien, Freunde und Nachbarn. Sie war bis zur beginnenden deutschen Wiedervereinigung das bedrohlichste Symbol für die Teilung Berlins, Deutschlands und der gesamten Welt im Ost-West-Konflikt seit dem Ende des II. Weltkrieges. Die stille und

ungebrochene Hoffnung zahlloser Menschen auf ein Ende der deutschen Teilung überdauerte auf beiden Seiten der Mauer die scheinbar endlosen Jahre, in denen wir Deutschen voneinander getrennt waren. Die Hoffnung war damit am Ende stärker als kilometerlange Grenzzäune, als alle Selbstschussanlagen, als zahllose Wachtürme und selbst als der härteste Beton.

Die Wiedervereinigung unseres Vaterlands in Frieden und Freiheit verdanken wir in erster Linie den mutigen Menschen in der damaligen DDR, die der SED gut 35 Jahre nach dem 17. Juni 1953 erneut die Stirn boten. Zu würdigen ist auch der Beitrag vieler Menschen in der alten Bundesrepublik, die an der Einheit Deutschlands auch dann festgehalten und die deutsche Frage staats- und völkerrechtlich offen gehalten hatten, als dies nicht opportun erschien. Die Unionsparteien sind immer für eine Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit – gegen alle Widerstände – eingetreten.

Der Weg der Union hat sich als richtig erwiesen: Voraussetzung der Wiedervereinigung war die feste Verankerung der Bundesrepublik Deutschland in einem neu zusammenwachsenden, freiheitlichen und demokratischen Europa sowie die Integration in das westliche Bündnis. Dies half auch, das Misstrauen zu zerstreuen, das Deutschland nach dem II. Weltkrieg entgegenschlug.

Das von Bundeskanzler Helmut Kohl ausgearbeitete „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“, das er nur wenige Wochen nach dem Mauerfall im Deutschen Bundestag vorlegte, wurde zu einem Meilenstein auf dem Weg zur staatlichen Einheit Deutschlands. Gleiches gilt für die diplomatischen Verhandlungen der vorangegangenen Jahre, in denen sich Helmut Kohl als Regierungschef stets für die Versöhnung und ein neues Miteinander zwischen ehemaligen Kriegsgegnern in ganz Europa einsetzte.

Als EAK betonen wir zudem den maßgeblichen und segensreichen Beitrag vieler Christen zur friedvollen Bürgerrechtsbewegung, die sich in der DDR gegen den sozialistischen Unrechtsstaat formierte. Sie hatten mehrere Jahrzehnte lang teils sehr harte Repressalien durch das sozialistische Regime zu erdulden. Ihr fester Glaube und ihr Vertrauen auf Gott blieben in zahllosen Fällen ungebrochen, ja wurden unter der Kirchenfeindlichkeit des sozialistischen Staates oftmals noch gestärkt. Die Christen in der DDR haben unter dem Zuspruch des Evangeliums gelebt und sich den damit verbundenen Ansprüchen mutig gestellt.

Viele protestantische Kirchengemeinden konnten sich so bis zum Herbst 1989 zu Ausgangspunkten einer friedvollen zivilgesellschaftlichen Protestbewegung entwickeln, die sich mit Kerzen und mit Kirchenliedern, mit Gebeten und getragen durch die Kraft des Evangeliums gegen den totalitären Unrechtsstaat stellte und diesen schließlich in die Knie zwang.

In der 1945 von Christen beider großer Konfessionen auch in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) gegründeten CDU

sammelten sich viele Menschen, die nach der nationalsozialistischen Katastrophe ein demokratisches, freies und auf den unveräußerlichen Menschenrechten gründendes Deutschland aufbauen wollten. Die Landesverbände in der SBZ und dann der DDR sahen sich von Anfang an allerdings einem massiven Gleichschaltungsdruck ausgesetzt. Nicht wenige Parteifreunde, die sich dem widersetzen, zahlten dafür mit ihrer Freiheit und sogar dem Leben. Später wurde die CDU in der DDR zu einer Blockpartei, die für die Christen eine Option darstellte, sich von der SED zu distanzieren und gleichzeitig ihre Loyalität zum Staat unter Beweis zu stellen, ohne dafür ihr christliches Bekenntnis aufgeben zu müssen.

Viele aufrechte Parteifreunde hielten die Idee der christlichen Demokratie auch in den Jahrzehnten der Diktatur wach. Nur so konnte eine schnelle programmatische Erneuerung der CDU in der DDR gelingen. Evangelische Christen haben mit dem „Brief aus Weimar“ am 10. September 1989 diesen Prozess eingeleitet. Dabei spielte das Motiv eine herausragende Rolle, die Kirchen von ihrer politischen Ersatzfunktion zu befreien und die Politik zurück in den Raum der Parteien und des Staates zu verlagern. Gleichwohl hat die CDU in der DDR bis in die friedliche Revolution im totalitären System mitgewirkt. Dafür hat sie bereits während ihres Sonderparteitags im Dezember 1989 ein Schuldbekenntnis abgelegt. Das war die Voraussetzung für die maßgebliche Mitgestaltung des demokratischen Neuaufbaus und der Wiedervereinigung.

Die Wiederkehr des 9. November 1989 ist jedoch nicht nur ein Tag freudiger Dankbarkeit, sondern auch ein Datum mahnenden Gedenkens. Die Erinnerung an den Fall der Berliner Mauer gebietet, sich vor allem der vielen an der Mauer erschossenen Menschen zu erinnern. Fluchtversuche und der erhoffte Weg in die Freiheit endeten mehrere Jahrzehnte lang für allzu viele Menschen aus der DDR mit dem gewaltsamen Tod. Die heute in ganz Deutschland hinsichtlich der DDR erforderliche, dauerhafte und mahnende Erinnerungskultur schließt daher zuvorderst jene Menschen mit ein, die dem Schießbefehl an den innerdeutschen Grenzen zum Opfer fielen. Ihr Schicksal bleibt unvergessen.

20 Jahre nach der friedlichen Revolution ist es eine wichtige, gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Erinnerung an die DDR nicht durch die eigentlichen Machthaber von einst und ihre politischen Erben prägen und verfälschen zu lassen. Als EAK werden wir jeder nostalgischen Verklärung der DDR entschieden

entgegenwirken. Die DDR war ein Unrechtsstaat. Dies darf weder totgeschwiegen noch beschönigt werden. Es wäre daher höchste Zeit, dass die aus der SED hervorgegangenen politischen Kräfte sich ihrer verdrängten und verschwiegenen Vergangenheit stellen und diese endlich konsequent und in selbstkritischem Geiste aufzuarbeiten beginnen. Leider ist dies derzeit weniger denn je zu erkennen. Die SED-Nachfolgepartei, die LINKE, bestreitet den grundsätzlichen Unrechtscharakter des SED-Regimes und versucht in der Krise unserer Tage, zunehmend an Versatzstücke einer sozialistischen Ideologie neu anzuknüpfen, die längst historisch widerlegt ist. Dies ist nicht nur eine Verhöhnung und eine unerträgliche Provokation für alle Opfer der SED-Gewaltherrschaft, sondern auch eine Gefährdung unserer in Ost und West gemeinsam errungenen, freiheitlichen und demokratischen Werte und Grundüberzeugungen.

Als Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU unterstützen wir daher den weiteren Ausbau der wichtigen Gedenkstättenarbeit, die fortwährende Aufarbeitung und Dokumentation des DDR-Unrechts und die hinreichende Verankerung bzw. Vermittlung des Themas „DDR“ in den Lehrplänen der Schulen.

In jedem Menschen, der den 9. November 1989 erlebt hat, werden – ob im Osten, ob im Westen – jeweils ganz eigene Erinnerungen an diesen historischen Tag wach. Was uns Deutsche an diesem einzigartigen Novembertag einte, das möge uns auch an dem bevorstehenden besonderen Jahrestag des Mauerfalls einen: Dass das Ende der einst in Beton gegossenen Menschenverachtung durch die SED-Diktatur ein Anlass zu Freude und Dankbarkeit ist. Die Verwirklichung aller demokratischen Freiheitsrechte und eines demokratischen Rechtsstaates in ganz Deutschland begann am 9. November 1989.

Es ist im 20. Jahr des Mauerfalls an der Zeit, in Berlin eine Straße oder einen Platz zu Ehren der „Friedlichen Revolution“ zu benennen. Die allgemeine Pflege der Erinnerungskultur ist auch in Zukunft ein wichtiger Baustein für die Bewahrung von Demokratie und Freiheitsrechten in Deutschland.

Wir rufen alle Christen auf, sich gesellschaftspolitisch zu engagieren und für unser Land zu beten. So wie vor 20 Jahren das Engagement und das Gebet von Christen unserem Land geholfen haben, so bleibt dies auch weiterhin gefragt, damit wir und künftige Generationen auch weiterhin in einem freien Deutschland leben können.

| **Resolution des EAK-Bundesvorstandes vom 12.06.2009**

Impressum

Meinungen und Informationen
aus dem Evangelischen Arbeitskreis
der CDU/CSU

Herausgeber Thomas Rachel, Dr. Ingo Friedrich,
Christine Lieberknecht, Dieter Hackler,
Hans-Michael Bender, Norbert Kartmann

Redaktion Nicolas Basse,
Christian Meißner (V. i. S. d. P.)
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,
Tel.: 030/22070-432, Fax: 030/22070-436,
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducu.de

Konto Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,
Konto-Nr. 266 098 300

Autoren

Herrn
Mike Mohring MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Herrn PD Dr. Phil. habil. Jürgen Plöhn
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Philosophische Fakultät I
Institut für Politikwissenschaft und Japanologie
06099 Halle (Saale)

Herrn
Christian Meißner
Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Druck Druckerei Conrad
Gestaltungskonzeption/Realisation
Agentur kollundkollegen., Berlin

Fotonachweis

Titelseite und S. 5: © Mike Mohring; S. 2: © Thomas Rachel; S. 3 und S. 14 – 17: © Joachim Wolf; S. 7: © Jürgen Plöhn; S. 8: © epd; S. 11: © Christian Meißner; S. 12 und 13: © EAK-Bundesgeschäftsstelle; S. 18: © Michael Voigt.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber.

Papier: 100 % chlorfrei



Politik und Glaube bei Calvin

„Nun haben wir an dieser Stelle noch kurz darzulegen, was für eine Amtspflicht die Obrigkeit nach der Beschreibung des Wortes Gottes hat und in welchen Dingen diese besteht. Dass sich diese Amtspflicht auf beide Tafeln des Gesetzes erstreckt, das könnte man, wenn es die Schrift nicht lehrte, bei den weltlichen Schriftstellern erfahren. Denn keiner hat über die Amtspflicht der Obrigkeiten, über die Gesetzgebung und die öffentliche Ordnung Erörterungen angestellt, der nicht mit der Religion und der Gottesverehrung den Anfang machte. Und so haben sie alle bekannt, dass keine bürgerliche Ordnung glücklich eingerichtet werden kann, wenn nicht an erster Stelle die Sorge für die Frömmigkeit steht, und dass alle Gesetze verkehrt sind, die Gottes Recht beiseite lassen und allein für die Menschen sorgen. (...) Von da aus wird auch die Torheit derer widerlegt, die da wünschten, die Obrigkeit sollte unter Vernachlässigung der Sorge für Gott allein darin tätig sein, unter den Menschen Recht zu sprechen.“

*(Johannes Calvin, Institutio christianae religionis
IV, 20, 9)*

